

# Wochenschrift für den gesamten Osten

Verlag Bund Deutscher Osten e. V., Berlin W 30.

Magistrat Ludwig  
- 8. JULI 1933

Erscheint wöchentlich einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 1.50 RM. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Letterbreite 1.20 RM.

Berlin, 7. Juli 1933.

14. Jahrg.

Inhalt: 2. 28: 1937 - das Schicksal für Oberschlesien. | S. 27: Österreichischer Wirtschaftspolit. | S. 27: Der Markt nach dem Krieg. | S. 27: Österreichische Trennung in der Danziger Venedig- und Weizenpolitik. | S. 27: Der polnische Staat. | S. 28: Polen und das Schicksal der Ostpolen. Das Wirtschaftswachstum in Polen. - Die kulturelle Mission der Ukraine. | S. 29: Der polnische Markt in Polen. | S. 31: Die Werte und Verhältnisse. - Österreichische politische Landkarte. - Erfahrungen in China. - Mitteilungen des Bundes Deutscher Osten. | S. 32: Der 1933. an der Arbeit. | S. 35: Verordnungen.

## 1937 - das Stichjahr für Oberschlesien.

„Von allen Grenzproblemen Deutschlands, die durch den Verfall der Welt geschaffen wurden, ist das ober-schlesische das meiste unvorstellbar. Vordem noch wurde ein Gebiet in so junger Welt anerkannt.“ Mit diesen Worten beginnt W. B. Dawson in seinem Buche „Germany under the Strain“ die Ausführungen über die ober-schlesische Frage. Für ihn als Engländer, der sich instinktiv gegen jede wirtschaftliche Unterwerfung wendet, ist die Zerlegung Oberschlesiens, „das in jeder Hinsicht eine natürliche Einheit bildet“, eine der wunderbarsten Stellen des am Mikroskop und Linienstrahlentest so überaus reichen Verfallers Ökonomie. „Die Folge der Teilung“, schreibt Dawson, „war die Verlagerung nicht nur des wirtschaftlichen Gleichgewichts, sondern der gesamten wirtschaftlichen Struktur des Gebietes. Ein mit wissenschaftlicher Exaktheit entworfen und zum ausgefeiltesten Mechanismus, einzig in seiner Art, vollkommen in seiner Wirksamkeit und bewundernswert in seinen Erfolgen, wurde hier im wachsenden Sinne des Wortes auseinandergerissen, weil er eben zu ungenugdum und zu erfolgreich war und deshalb zu offensichtlich zum Wohlstand der Nation beitrug, der in Verfallis übernahm und geschwächt werden sollte.“

„Der Engländer Dawson interessiert vor allem die Frage: Wem war mit dieser Schwächung der deutschen Wirtschaftsgeltung in erster Linie gedient? Dawson kommt zu dem Schluss, daß Frankreich in Versailles die einzige Macht war, die das stärkste Interesse an der Zerlegung Oberschlesiens hatte; denn Frankreich wollte Deutschlands Wirtschaftsgeltung erschüttern, um selbst die Industriemacht auf dem Kontinent zu erlangen. In dieser Absicht hat es dem Deutschen Reich die in der lothringischen Erde gerabte, nicht nur seine Hand auf die Saargruben gelegt und nicht nur den Vorstoß ins Ruhrgebiet unternommen, der das deutsche Wirtschaftsleben ins Herz treffen sollte, sondern auch noch den ober-schlesischen Industriemacht zerlegen und dessen wertvolles Erz seinem politischen Willen zu dienen gelassen. In England hat man diese industriellen Herrschaftspläne Frankreichs naturgemäß nur vorübergehend mit Mißtrauen betrachtet. Aber man hätte es zunächst einmal für notwendig gehalten, Deutschland wirtschaftlich zu schwächen; und im übrigen hätte man gehofft, daß die Polen die Gruben, die ihnen bei der Teilung zufielen, sehr bald zugrunde gerichtet haben würden und daß Deutschland nach dem Verlust Oberschlesiens gewonnen sein würde, englische Rohle zu kaufen, die in England hergestellt hätte. Einzelne hat Deutschland, mit der ihm eigenen Fähigkeit und Unerfahrenheit, die Vertragsfähigkeit der vier vertriebenen Kohlengruben in Oberschlesien, im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland so weit geschwächt, daß es seinen Kohlenbedarf aus weiterhin selbst zu decken vermochte, und andererseits haben die Polen als gefährliche und erfolgreiche Konkurrenten Englands auf dem nördlichen Märkten Fuß fassen können. Von allen zivilisierten Nationen, sagt Dawson, hat England am wenigsten Grund, mit den wirtschaftlichen Folgen der Teilung Oberschlesiens zufrieden zu sein.“

Die Behauptung, daß Polen ohne den ober-schlesischen Grubenbesitz nicht existenzfähig läßt, Dawson nicht gelten: „Diese Behauptung hält einer Prüfung nicht stand; denn der neue Staat besaß in seinen österreichischen und russischen Gebieten ohnehin schon weit größere Kohlenvorkommen, als er ausbeuten konnte.“ Als nun noch

die ober-schlesischen Gruben hinzukommen, blieb Polen, wenn es nicht einen großen Teil der Betriebe stilllegen wollte, nichts anderes übrig, als ein Export der überschüssigen Rohle, und zwar ein Export in jeden Preis. Bisher haben drei außerordentlich ungünstige dem polnischen Staat eine großzügige Kohlenausfuhr ermöglicht: der französische Einbruch ins Ruhrgebiet, der englische Bergarbeiterstreik von 1926 und die Stabilisierung der polnischen Währung im folgenden Jahr. Aber Polen kann die nördlichen Märkte, auf denen es die englische Rohle zurückgekauft hat, nur noch mit Mühe, durch rückläufiges Untertreiben, behaupten. Auf die Dauer wird sich dieses Vorgehen, so beschränkt es auch ist, nicht durchhalten lassen, nicht nur deshalb, weil es ein schlechtes Geschäft ist, dessen Nutzen die inländischen Konsumanten zu tragen haben, sondern auch, weil es eine sozial unmoralische Handelsmethode ist, die weder das Gewissen noch das Interesse der ausländischen Industriellen und Kaufleute länger zu dulden gemittelt ist. Sobald nun Polen einmal einen ernsthaften Versuch unternimmt, sich auf den zu erwartenden Schiffsmarktbesitz zurückzukehren, wird der ober-schlesische Kohlenbergbau auf die Hälfte, wenn nicht gar auf ein Drittel seiner Vorkriegserzeugung zurückgebracht werden müssen.

Für einen Engländer ist bei der Beurteilung des Verfallens auf Oberschlesien die wirtschaftliche Leistung, die das Deutschum dort vollbracht hat, von entscheidender Bedeutung: „Mehr als irgendwem früheren Herrscher verbannt Oberschlesien eine wirtschaftliche Entwicklung Friedrich dem Großen. Ebenso weise als Staatsmann, wie erfolgreich als Soldat, war er es, der die Grundlagen für den späteren Wohlstand dieses Landes geschaffen hat.“ Ohne Überreibung könne man sagen, daß alles, was dieses Industriegebiet bis zum Ende des Weltkrieges zu einem Faktor der deutschen Volkswirtschaft gemacht hat, durch die deutsche Schicksalshänder, der deutschen Unternehmenseigelt und deutsches Kapital erstellt worden ist.

In großen Zügen skizziert Dawson die geschichtliche Entwicklung des Landes: „Niemand konnte man dieses Gebiet als polnisch bezeichnen. Beim Morgengrauen der Geschichte war es von germanischen Stämmen besiedelt; diese waren während der Völkerwanderung ab, und jamaische Menschen rückten an ihre Stelle; nachherhin haben sich unter diesen auch Polen befunden; aber damals gab es weder einen polnischen Staat, noch eine polnische Nation. Um die Mitte des 12. Jahrhunderts setzte dann eine deutsche Rückwanderung ein... Was vorher etwa an polnischen Einfluss vorhanden gewesen sein mag, das wurde beseitigt, als im Jahre 1335 König Kasimir der Große von Polen den König von Böhmen auf eine Oberhoheit verpflichtete, die ohnehin schon ein bloßer Schein gewesen war. Seitdem war das Land ununterbrochen in deutschem Besitz, zuerst, bis 1326, als böhmisches Lehen, dann bis 1742 als Teil der habsburgischen Hausmacht und danach bis 1920 als Teil des preussischen Staates.“

Wie beurteilt Dawson nun das ober-schlesische Rationalitätenproblem? „Der national-polnische Staatsgedanke ist in Oberschlesien niemals heimisch gewesen... Das zum Ende des Krieges gab es in Oberschlesien keinerlei polnische nationalistiche Bewegung, die man mit der hätte vergleichen können, die in Preußen auf Polen, in Österreich auf Galizien und in Rußland auf Kongresspolen abzielte.“ Mit Recht verweist Dawson darauf, daß in Oberschlesien noch bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Jahre 1919 nicht weniger als 70 o. 5. aller Stimmen auf die

liste der deutschen Parteien entlesen. Wichtig hat er dann ferner die Umstände erkannt, die die polnische Propaganda nach dem deutschen Zusammenbruch bei ihrem Eindringen in die oberösterreichische Bevölkerung unterstüzt hat. Die Propaganda hat sich in der ersten Phase günstig rief, fand die polnische Propaganda dort keinen fruchtbaren Boden; erst gegen Ende des Krieges konnte eine ernste nationalpolitische Bewegung in Oberösterreichischen Boden gewinnen; aber es ist unabweislich, daß sie einen irgendwie beträchtlichen Teil der Bevölkerung hatte erschaffen können, wenn der Krieg nicht so rasch zu dem für Polen ungünstigen Ausgang wäre. Jetzt konnte Korfayt seine höchste Stufe vor Deutschland beginnen, ließ er die Klassen- und Konfessionsgegensätze in hemmungsloser Agitation als Vorspann nationalpolitischer Ziele benutzen; jetzt konnte er die niedrigsten Anstöße der durch die politischen Ereignisse verirrten, ungebildeten Masse gegen die deutschen „Ausbeuter“ aufreizen und den leidenschaftigen Kampfs die höchsten Stufen erschließen, wenn sie sich für Polen entschieden, und ihnen das mögliche Elend darstellte, in das sie geraten würden, wenn sie weiter bei dem besiegten, von Reparationen erdrückten Deutschland verblieben.

Damson beschreibt dann den blutigen Terror und das furchtbare Elend, das über die Bevölkerung Oberösterreichs mit der Ankunft E. Ronds hereinbrach. „Während der ganzen Besatzungszeit“, so heißt es unter anderem, „wurden die Polen in jeder nur möglichen Weise begünstigt und wurden die Deutschen behandelt, als ob sie Fremde und Feindgenossen wären. Die Polen erhielten die volle Agitationsfreiheit wurde den Polen und ihrer Presse gestattet, während die Deutschen in ihrer öffentlichen Betätigung die härtesten Beschränkungen ausgesetzt und ihre Leistungen einer strengen Zensur unterworfen waren und unter den fabelhaftesten Vorkommen deschlagamort oder auf Wachen verboten wurden... E. Rond ließ die polnischen Nationalisten sehen, daß er ihr Mann war und daß er nach Oberösterreich geschickt worden war, um ihnen zu dem zu verhelfen, was sie verlangten.“ Als alles, was Damson über die Besatzungszeit schreibt, klingt die tiefe Erbitterung heraus, die noch heute alle Engländer gegen Frankreich erfüllt, die diese oberösterreichische Leidenszeit an Ort und Stelle miterlebt haben oder sich mit dem Studium der zeitgenössischen Quellen befassen. Die Art, in der die englischen und italienischen Mitglieder der Jnternationalen Kommission in ihrem eigenen Lande von dem Ronds seinen Kreaturen inkubiert und gekrönt, beschützt, belogen und in jeder Weise an einem wirklichen Eingreifen zum Schutze der deutschen Bevölkerung behindert wurden, wirkt noch heute auf jeden Engländer aufs tiefste erregend. Die menschlichen Sympathien der englischen Bolke haben damals offenbar den deutschen Oberösterreichern Bolke entgegen, den Verfolgten und Bedrängten sowohl wie den Selbstschützern, die in der tiefsten Not des Zusammenbruchs, und ohne Hilfe bei ihrer eigenen Regierung zu finden, zu den Waffen griffen, um ihre Heimat vor der Brutalität organisierter Mordtruppen zu schützen. Mit Recht kann Damson schreiben, daß die Bevölkerung Oberösterreichs den englischen Besatzungsgruppen (wie auch den italienischen) noch heute ein dankbares Andenken bewahrt.

Kein Wort findet sich in Damsons Ausführungen, das für ein polnisches Verbleiben an Oberösterreich spricht. Die Geschichte weist das Land unzweideutig nach Deutschland. In nationalpolitischer Hinsicht hat sich gezeigt, daß selbst die ungemessene Agitation und der härteste Terror es nicht vermögen, eine polnische Mehrheit zustande zu bringen. Wenn die Verlungen, die auf die Entmündigung des Landes verordnet worden sind, zu entscheiden haben, dann ist es nur Deutschland, das berechtigt ist, Anspruch geltend zu machen. Selbst wenn sonst alles für sie spräche, hätten die Polen doch durch die Unmenschlichkeit, mit der sie den Zustand durchgeführt und später die deutsche Minderheit drangaliert haben, das moralische Recht auf den Besitz dieses Landes verloren. Und was schließlich die wirtschaftlichen Folgen der Kzision anlangt, so hat die Entwicklung der letzten 11 Jahre eindeutig gegen ihre Urheber entschieden.

„Ein großer Unrecht“, sagt Damson, „ist dem Lande und seiner Bevölkerung angetan worden, und es ist schreitend Tag und Nacht. Jeder von Jahr nach Jahr noch voller und großmütiger Wiedergutmachung. Die Kzision Oberösterreichs gegen den Willen einer großen Mehrheit seiner Bevölkerung nur schlimmer als die Verweigerung des versprochenen Selbstbestimmungsrechtes...“ Lloyd George hat im März 1925 im Interbunz gesagt: Oberösterreich ist das Gleich-zeitigen der Welt. Richterung müßte er in Übereinstimmung mit dem wirtschaftlichen Gesetzen — den Korridor mit dem Elsaß und Oberösterreich mit Ostbrunnen vergleichen. Polnisch-Oberösterreich ist ein unerlöstes Gebiet, das als solches auf der Karte Europas fortzuleben wird, bis es dorthin zurückkommt, wohin es von Rechts wegen gehört.“ Damit legt Damson aus seiner Kenntnis der Dinge den einzig möglichen Schluß dar, der sich aus dem Vorstehenden ziehen läßt. Er gibt zwei Wege an, auf denen über eine solche Revision möglich erscheint. Als ersten die Wiederherstellung der deutschen Souveränität über das ganze Gebiet, die Reise Plesch und Rybnik ausgenommen. Das wäre eine Regelung, wie sie fernerseit von den englischen und italienischen Mi-

gliedern der Internationalen Kommission vorgeschlagen worden war. Damson hält es jedoch, um den inzwischen eingetretenen Veränderungen Rechnung zu tragen, für notwendig, bei einer Revision in diesem Sinne die großen Stuben- und Industrieunternehmen des am Deutschland zurückkommenden Gebietes in einem deutsch-polnischen Konsortium zusammenzufassen.

Als zweite Möglichkeit sieht Damson eine neue Volksabstimmung in Oberösterreich ins Auge. Diese Abstimmung, sagt er, könnte unter der Aufsicht von Vertretern beider Staaten, die am Weltkrieg teil genommen haben, stattfinden. Ausgeschlossen werden müßten aus dem Stimmrecht alle diejenigen, die aus Unkenntnis des Verfallers Vikats ins Land gekommen sind; fernerberechtigt müßten dagegen die erkrankten Personen sein, die seit diesem Zeitpunkt das Land, gemungen oder freiwillig, verlassen haben. Damson weist nicht daran, daß eine solche Abstimmung heute, nach 12 Jahren polnischer Herrschaft, für Deutschland weit günstiger als im Jahre 1921 ausfallen würde; dann die Bevölkerung Oberösterreichs hat inzwischen gesehen, daß die Parteilichkeit von Polen ihr „weder Ruhe noch Ehre, weder Zufriedenheit noch Wohlstand“ eingebracht hat. Als den geeigneten Zeitpunkt für die Erneuerung einer neuen Volksabstimmung bezeichnet Damson das Jahr 1937, in dem die Genfer Konvention abläuft. Die deutsche Politik wird sich daran tun, frühzeitig genug dafür zu sorgen, daß sie den Aufgaben, die ihrer dann in Oberösterreich matten, wohlüberreitet gegenübersteht. Auf polnischer Seite ist man nicht bereit, Damson hat recht, wenn er sagt:

„Unter den Deutschen in beiden Teilen Oberösterreichs besteht ein weit verbreitetes Gefühl der Unzufriedenheit. Die Befriedigung verlangt nicht mehr, daß der polnische Angriffswill und den politischen Verlangen nach immer neuen Gebieten sich nicht zurück beugt hat. Es ist nutzlos, der oberösterreichischen Bevölkerung zu versichern, daß ihre Befürchtungen unbegründet seien. Sie weiß nur zu gut, daß die extremen polnischen Nationalisten und selbst viele Polen, denen man keinen Fanatismus nachsagen kann, ernstlich den stillen Teil Oberösterreichs als ein Sprungbrett zu weiteren Eroberungen betrachten und sie ist überzeugt, daß, solange die deutsche Herrschaft besteht, der frühere Zustand der Sicherheit nicht zurückkehren wird.“

In Deutschland hat man allen Grund, sich diese ernste Mahnung des Engländers zu Vorstift und Eile zu Herzen zu nehmen. In zwei Jahren wird die Volksabstimmung im Saargebiet stattfinden; und niemand zweifelt daran, daß dieses Gebiet wieder zu Deutschland zurückkommen wird. Zwei Jahre darauf wird sich über Ostbrösterreich ein Schicksal entscheiden, das für es notwendig, den Kampf, der sich dann um dieses östliche Industriegebiet und um die dort heute vorbereiteten. Die Probleme liegen im Saargebiet und in Oberösterreich ähnlich: In beiden Fällen handelt es sich um hochindustrielle Gebiete, die von Deutschland losgerissen worden sind, um dessen wirtschaftliche Stellung entscheidend zu schwächen. In beiden Fällen haben die neuen Herren mit dem Reichtum des Bodens immerhin etwas zu gewinnen. In beiden Fällen kann es sich nach deutscher Überzeugung nur um eine vorteilhafte Abgrenzung der Trennung der Gebiete vom Mutterland handeln. Wie das Saargebiet so muß nach deutscher Überzeugung auch Oberösterreich nach Ablauf einer 15jährigen Frist heimkehren ins Reich.

Dr. Kredoel.

## ★ Europäischer Nichtangriffspakt.

Am 3. Juli wurde in London von den Vertretern Russlands, Estlands, Litlands, Rumäniens, Bulgariens, Griechenlands, Jugoslawiens und der Türkei eine Vereinbarung paraphiert. Darin wird für die genannten Staaten der Begriff des Angreifers angenommen und befristet, wie er in einem der Genfer Abrüstungsabshüsse festgelegt worden war. Die Vereinbarung sieht vor, daß andere Staaten ihr Beitreten können. Die Beziehungen zwischen Ost- und Südwestasien sind an dem Pakt wenigstens nicht interessiert. Die treibende Kraft der Londoner Verhandlungen aber ist offenbar Polen gewesen. Die Vereinbarung stützt darauf hin, daß es Polen gelungen ist, einerseits Rumänien wieder enger an sich heranzuziehen und andererseits die Kluff, die zwischen Bukarest und Moskau wegen des beharrlichen Konfliktes besteht, wenigstens auf ein Maß zu verengen, so daß es sich über die Vereinbarung erkennen, daß Polen seine Bemühungen, an engeren Kontakt mit seinen östlichen Nachbarn zu kommen, folgerichtig weiter fortsetzt und daß es nun auch die baltischen Staaten in ihrem Verhältnis zur Sowjetunion mit sich auf einer Linie vereinigt hat. Für die Absicht und den Geist dieses Paktes mag eine Äußerung des „Paris Soir“ bezeichnend erscheinen: „Dieser Pariser Pakt stellt mit Befriedigung fest, daß sich jetzt zum ersten Male die Beziehungen zwischen West- und Ost-Europa bis zum Schmalen Meer erstreckt... ein Akt, in dem sich, wie seine Hersteller wohl hoffen mögen, Deutschland verfangen wird. Ist so die Absicht der Londoner Vereinbarung erkennbar, so läßt sich über ihre praktische Bedeutung vorerst noch wenig sagen.“

## Der „Schrei nach dem Meere“.

Eines der bekanntesten englischen Dichter, der „Manchester Guardian“, schrieb vor einiger Zeit einmal über Öbgingen: Öbgingen ist heilig in polnischen Augen; es ist ein polnisches Mekka ein Jerusalem und zufällig eine der mächtigsten Städte der Welt. Die polnische Literatur liefert hierfür die es öbginglich überflüssig. Danzig, eigens für diesen Zweck gebaut und ausgefallt, kann den polnischen Seehandel mehr als befriedigen, aber in dieser Ecke Europas — d. h. Danzig, Korridor und Ostpreußen — hat die Wirtschaft anderen Überlegungen zu weichen. ... Damit ist im Grunde genommen alles gesagt, was über Öbgingen zu sagen wäre.

Die Polen haben die Entwicklung Öbgingens in Parallele mit der Entwicklung anderer amerikanischen Städte zu setzen; sie wollen damit sagen, daß sie sich ebenlosgen wie die Amerikaner darauf verstehen, „Städte aus dem Boden zu stampfen“, und sie glauben, im Auslande und vor allem in Amerika selbst damit Einbruch zu machen. Was aber Öbgingen mit solchen amerikanischen Städten gemeinsam hat, das ist nur das Tempo seiner Entwicklung. Die Amerikaner wären als gute Selbsthilfsleute wohl niemals auf den Gedanken gekommen, so ins Blaue hinein eine Stadt aufzubauen. Die Polen sind hoch darauf, beim Bau des Öbginger Hafens und überhaupt bei ihrer Seepolitik ein großes Organisationsstalent entwickelt zu haben. Die Frage ist nur, ob dieses Talent am richtigen Orte angebracht worden ist.

Auch wenn die Polen Öbgingen als ihre ureigenste Leistung rühmen, so ist es in Wirklichkeit Grund, an ihrem hundertprozentigen Urheberrecht zu zweifeln. Die Entwürfe, die Öbgingen, mit dem sie Öbgingen aufbauen haben, nur zum geringeren Teile von ihnen selbst, und ferner nicht auf der technischen Leistung des Hofens-baus ausländische Ingenieure, vor allem dänische, und ausländische Firmen, darunter auch deutsche, führend beteiligt. Sieht man von diesen und ähnlichen Unrichtigkeiten und Überreibungen, die auf das Konto des ausgeprägten polnischen Reklamewesens zu buchen sind, ab, so bleibt immerhin doch die Entschlossenheit der Öbginger, den Bau und Werkzug eines starken polnischen Handelsflotes zu. Und als solches ist es in der Pöbntalgie vieler Polen wirklich so etwas wie eine „heilige Stadt“, ein „Jerusalem“ oder „Mekka“ geworden.

Es gibt aber auch recht viel Leute in Polen, die diese „heilige Stadt“ mit mehreren Seiten betrachten und die, falls man sie mit dem Geld haben, durchaus nicht das Bedürfnis empfinden, nach diesem „polnischen Mekka“ zu pilgern. Viele Leute haben dem Veranlasser des vom 28. Juni bis zum 2. Juli veranstalteten Meeresfestes in Öbgingen erheblichen Kummer bereitet. Sie sind trotz aller Reklame, die gemacht wurde, nicht zum Fest des Meeres nach Öbgingen gekommen. Am 28. Juni schrieb der „Kurjer Pöw“ an dem Tag, daß vor dem Fest beträchtliche Mengen polnisches Geld in Öbgingen verloren gien, nur 16 tatsächlich gefahren. Und „Das Polen“ sollten am 27. und 28. Juni drei Sonderfahrten abgeben, es ist aber nur einer gefahren. Der ermartete Andrang blieb aus. Das begründet der „Kurjer“ einmal mit dem allgemeinen Geldmangel, ferner mit dem schlechten Wetter und schließlich damit, daß das Fest des Meeres von den Behörden und den beteiligten Organisationen in einer einseitigen Geistesföhrung abgeplottet worden ist, was nämlich die Staatsbahnen am Seebreis abgehoben haben (zu 22 v. H. Ermäßigung), wurde verurteilt, durch zwei Quartierkarten und eine Reihe von Sonderbeiträgen, die jeder Teilnehmer der Sonderfahrten abgeben bzw. entrichten mußte, nicht einzubringen.

Es hat auch nicht an Stimmen gefehlt, von denen die Werbetätigkeit der See- und Kolonialreise für das Fest des Meeres unbedeutend abgelassen wurde. So schrieb die „Słowo“, die Zeitung der Liga ausgegebener Polens: „Schau dir die Reklamen „Dommerellens“ zeige von dem Julfank ein eingebildeten Kranken. Diese Polung sei nur geeignet, die Stellung Polens in der Korridorfrage zu schwächen, da sie den Polen selber wie auch dem Auslande einrede, Polen befände sich am Vortage eines deutschen Angriffs auf Danzemerellen, und sein Zugang zum Meere sei daher im hängig bedroht.“ Die Liga ist aber die Liga der Polen über die deutsche Seeheute. Die Liga dem Vaterlande den höchsten Dienst. Viele Art der Propaganda, meint das „Słowo“, ist als ein Überbleibsel aus der Zeit der Unfreiheit zu brandmarken, in der man durch dauernden Klagen und Weinen und Streckauschreie die eigenen Existenz beweisen wollte. Das „Słowo“ mag recht haben mit dieser Kritik. Aber die Propaganda der Liga und Streckauschreie ist zum einmal die Methode, die der polnischen Eigenart am meisten entspricht.

Der Kardinal-Primas August Hönb hatte zum Fest des Meeres einen Aufruf ertlassen, in dem er dieses Fest als einen „Ausdruck des friedlichen, aber entschlossenen Willens“ des polnischen Volkes, auf keinen Fall wieder dem Meere zu entsagen, bezeichnet. „Der reinste Patriotismus und das tiefste Gefühl für die Bestimmungen des Reichs haben den Sinn dieser Föhrer diktiert.“ Entgegen dem Ausdruck der friedlichen Absicht des Festes trägt die polnische Presse überaus eine durchaus kriegerische Miene zur Schau und legt sie besonders Wert darauf, die militärische und ausgeprochen wachtpolitische Bedeutung eines eigenen Meereszuges in den Vordergrund ihrer Betrachtungen zu stellen in der an sich ganz richtigen Erkenntnis, daß man das polnische

Volk, wenn man es für das Meer begierig will, an seinen wachtpolitischen Anlässen anpacken und seine eigene Angst vor der „drohenden deutschen Besetzung“ wachhalten muß.

Deutlicher war in jeder Hinsicht ein Artikel des Generals und früheren Oberbefehlshabers des polnischen Seeflotes im „Kurjer Warschauer“. Der Artikel behandelte „Die Bedeutung der Ostsee in der Verteidigung Polens“. In mein“ bezeichnende Lage der polnische Staat im Falle eines Krieges kommen könnte, wenn er nicht stark genug sei, über die Ostsee zu berühren und sich damit die notwendige Zufuhr von Kriegsmaterial gegen den Willen Deutschlands zu sichern, das hätte, meinte Sikorski, das Verteidigungsbedeutung. Die Ostsee ist ein riesiger französischer Slotte damals am Wendepunkt des russisch-polnischen Krieges nach Danzig gebracht hätte, und die dann auf dem pommerellischen Eisenbahnen ins Kriegsgebiet transportiert worden lie, hätte Polen die Zurückermöglung der bolschewistischen Truppen vor der Weichsel und die Erkämpfung des Rigor Friedens ermöglicht. Was die Ostsee für die Deutschen bedeutet, habe der Weltkrieg gezeigt. Schließlich, so schrieb Sikorski, „war die Ostsee in der Zeit vor dem großen Kriege zum deutschen Meere geworden. Und das gestiftete dem Deutschen im Jahre 1914, die Verbindung zwischen Rußland und seinen westlichen Bundesgenossen zu unterbrechen und garantierte dem deutschen Kaiserreich die Aufrechterhaltung des unmittelbaren Kontaktes mit den ihm im allgemeinen freundlich gesinnten skandinavischen Staaten, was die Folgen der gegen Deutschland angebrachten Blockade betriebsmäßig unterbrach.“ Unter diesen Umständen, meinte der polnische General, wenn es wieder in den Besitz pommerellens gelangte, der „ausländische Schiedsrichter in den Fragen Nord- und Ost-europas“ werden. Polen wäre dann außerstande, dort eine eigene aktive Politik zu betreiben. Das heißt auf gut deutsch: Polen will Deutschland im Kriegsfall in Ostsee blockieren, um es mit Hilfe Frankreichs und der anderen Bundesgenossen umso leichter auszusaugen zu können. Sikorski lehnt, wie aus seinem Artikel hervorgeht, von der Möglichkeit einer direkten Verteidigung pommerellens wenig zu halten. Es hofft auf die französische Hilfe. Am Grunde genommen kommt also das Vorkennnis Polens zu pommerellens, das beim Fest des Meeres in zahllosen Reden und Zeitungsartikeln verherrlicht wurde, wieder nur auf einen Appell an die Unterstützung durch Andere hinaus: Polen will das Land beherrschen, aber der französische Peilau soll dafür bluten.

Die polnische Presse hat dem Fest des Meeres zahlreiche mehr oder minder bedeutende Artikel gewidmet. Das Militärblatt „Polska Brojna“ z. B. schrieb am 28. Juni: Die Polen seien von jeher ein Volk der See gewesen. Noch vor 14 Jahren lag in einem Zugang zur See ein ungenutztes Jubiläum; die „Polska Brojna“ stellt hiermit die kraspfaßlichen Versuche mancher Leute richtig, die sich bemühen, die Dinge so hinzustellen, als ob Polen von jeher in der Ostsee sein Heim erblickt hätte und als ob man in Ententekreisen während des Krieges schon von Anfang an daran gedacht hätte, dem neuen polnischen Staat einen territorialen Zugang zur Ostsee, der das deutsche Kriegsgebiet in zwei Teile zerföhren, zu geben. Dann aber, fährt die „Polska Brojna“ fort, liege die „Primarie des Meeres“ gekommen; man habe Öbgingen und die polnische Handelsflote geschaffen; Öbgingen habe Polen vor dem Zusammenbruch gerettet; öns Öbgingen hätte Polen die Wirtschaftskrise nicht überstanden.

Auch der polnische Staatspräsident Mosicki ließ in einer Rundfunkrede durchblicken, daß er nicht seine eigene innere Überzeugung mit dem Meere verbinden kann. Er erklärte, der Pole habe recht im Gegensatz zur Bergangenheit — „das Meer schägen und lieben gelernt“. Er wolle es lieben und schätzen lernen, meinte der Staatspräsident, denn die polnische Küste lie, das wertvollste Kleinod der Republik, das „nachdem“ zu hüten und zu verteidigen ist. Das Meer bilde „die dauernde Brücke Polens zur Welt“. „Möge dieser Seebank“, so ließ Mosicki seine Rundfunkrede, „den uns bevor am Tage des Seesfestes erfüllt, das ganze Volk alle Tage erleben.“

Waren im Sinne dieses Wunschens des Staatspräsidenten auch die polnischen Flagge, die am 28. Juni in Danzig randolierten, von dem Gedanken des polnischen Meeresfestes erfüllt? Selbstnehmer in der Uniform polnischer Wehrverbände, die sich auf der Ostsee befanden, besaßen nach dem Bericht auf dem Danziger Hauptbahnhof den, um in Eber nach dem Kommando ihrer Föhrer zu rufen: „Es lebe das polnische (!) Danzig“ und „Hitler verrecke!“ Zwei dieser polnischen Heutere, die auf solch „friedliche“ Weise für das „polnische Meer“ demonstrieren, und einige andere Seerier, die den einflussreichen Danziger Polizeibeamten tätlichem Widerstand leisteten, wurden verhaftet.

Zu diesen friedliebenden Leuten, die nach dem Worten des Kardinal-Primas Hönb „Der reinste Patriotismus und das tiefste Gefühl für die Bestimmungen des Reichs haben den Sinn dieser Föhrer diktiert.“, gehören auch die inaktive Seeflote für die „Bestimmung des Staates“ bzw. treiben, sich zum „polnischen Meer“ zu bekennen, gehören wohl auch die polnischen Luftschiffen und Kobetten, die am 28. Juni an der Rottowier Feier des Meeresfestes teilnahmen und anschließend über eine Jugendgruppe des Deutschen Volksbundes beriefen, die in der nächsten Weise beschimpften, mit Seinen berufen

und schließlich unter Abgabe von Schiffen mit aufgeflossenen Seiltage mehr auf die lossagigen. Dabei wurden ein Dostojew, Scher und einige andere Leichter verlost. Und die schon oft erwähnte polnische Polzei hatte „die Bestimmung des Staates“ am Festtag des Meeres im Sinne der See- und Kolonialliga offenbar auch richtig erkannt: Sie verhielt sich völlig passiv; sie wartete, bis die Aufständigen und Robetten mit ihrer „Meeresflotte“ zu Ende waren und verflochten dann die verträgliehen und geschäftlichen Bestimmungen demobieren.

Die See- und Kolonialliga hat bestanden, das Ansehen des unerschrockenen Singers des Meeres, Stefan Gromski, durch die Benennung des Verdammtes von Rixhöft mit seinem Namen zu ehren; der Ministerpräsident Jendrzejewski hat diesem Festlich seine Zustimmung gegeben. Gromski ist der einzige polnische Dichter, dessen Werke eine wirkliche Vertrautheit mit dem Meere erkennen lassen. Er ist daher für die Polen, die ihr Volk gern als sehr sehr feierlich und mehrerlei hinwählen möchten, die beliebteste literarische Kolonialfigur. Aus Anlaß des Meeresfestes hatte die See- und Kolonialliga u. a. einen Wettbewerb für eine Novelle ausgeschrieben, die ein Ozeanthea behandelt. Der Erfolg dieses

Preisausschreibens scheint ziemlich mäßig gewesen zu sein. Mit dem 1. Preis wurde der angesehenste Novellen ausgeschrieben werden. Der 2. Preis konnte aber überhaupt nicht vergeben werden, da eine Novelle „Da Kurkie Karlskreuz“ jurkamt werden.

Kürzlich wurde in Polen eine Gesellschaft zur Förderung des überseeischen Handels ins Leben gerufen, an der Vertreter des polnischen Kolonialhandels sowie Vertreter der am meisten am Export interessierten polnischen Anbaukreise, wie Hütten-Industrie, chemische Industrie und Textilindustrie beteiligt sind. In die Spitze der Gesellschaft sind eine Reihe führender Persönlichkeiten des polnischen Handels und der Industrie, wie Dargenski, Pajac, Webel und andere getreten. Das Einklangsbetrag 1 Mill. Zloty. Der Gesellschaftsplan der Gesellschaft, der offenbar darin besteht, mit überseeischen Kompensationsgesellschaft abzumachen, wurde bereits vom Handelsminister Jaruzelski gutgeheißen und befristet. Im ersten Sinne dürfen solche überseeischen Bündnisse in Frage kommen, mit denen Polen eine aktive Handelsbilanz hat und die namentlich Kaffee, Tee und Kakao nach Polen ausführen.

## Generalbereinigung in der Danziger Innen- u. Außenpolitik.

### Danziger Innenpolitik.

Der Danziger Volkstag wählte gemäß dem Ausfall der Volkstagswahlen vom 28. Mai die Stadtbürgererschaft der Stadtgemeinde Danzig. Diese übt den Wirkungsbereich einer Stadtvorbereitungsbehörde für die Kommunalangelegenheiten der Stadt Danzig aus und richtet sich in ihrer Stärke nach der parteimäßigen Zusammensetzung des jeweiligen Volkstages. Da die Danziger Stadtbürgererschaft 54 Mandate als Stadtbürgerchaftsmitglieder umfaßt, wurden diese Mandate wie folgt verteilt: 50 Nationalsozialisten, 10 Sozialdemokraten, 8 Zentrum, 3 Kommunisten, 2 Deutschnationalen, 1 Pole. Daraus ergibt sich, daß die Nationalsozialisten ebenso wie im Volkstage auch in der Stadtbürgererschaft der Stadt Danzig über eine absolute Mehrheit verfügen.

Der Danziger Volkstag erteilte seine Genehmigung zur Strafverfolgung der Abg. Pleniokowski (Komm.) und Weber (Soz.). Für den Fraktionsführer der Sozialdemokraten, Abg. Weill, lag ein Antrag des Oberstaatsanwalts auf Verhaftung vor. Er wurde mit der Volkstagsmehrheit der Nationalsozialisten angenommen. Es handelt sich hierbei um ein Zeugnisangestrichenes, das gegen den Abg. Weill nach seiner Verhaftung durchgeführt werden soll, und zwar in der Angelegenheit der Übernahmung der sozialistischen Gewerkschaften in Danzig durch die neue Leitung der Nationalsozialisten. Abg. Weill als früherer Bevollmächtigter der sozialistischen Gewerkschaften sich bisher gegenüber der neuen nationalsozialistischen Leitung der Gewerkschaften in Danzig Respektlos über den bisherigen Vermögensstand der alten sozialistischen Gewerkschaften zu geben und als Hinderungsgrund für die erforderliche Aufklärung die Immunität des Abg. Weill befand, wurde kein anderer Ausweg zur Klärung dieser Streitfragen gefunden, als die Verhaftung Weills beim Oberstaatsanwalts zu beantragen.

Der Polizeipräsident Danzig hat mit sofortiger Wirkung das Erscheinen der sozialdemokratischen „Danziger Volksstimme“ auf die Dauer von zwei Wochen verboten.

Das Danziger Schöffengericht verhandelte am 27. Juni gegen den Redakteur Franz Adomat der sozialdemokratischen „Danziger Volksstimme“ wegen gefährlicher Körperverletzung. Am 1. Mai, dem Tag der deutschen Arbeit, hatte Adomat aus seiner Wohnung in einem Danziger Vorort eine rote Fahne herausgehängt. In berechtigter Empörung über diese freundschaftliche Provokation hatte das in der Wohnung Adomats vor seinem Hause und verlangte die Einziehung der Fahne. Adomat erschien am Fenster, erging sich in wüsten Schimpfereien gegen den Nationalsozialismus und gab schließlich mehrere Schüsse auf die untenstehende Menge ab. Ein Schuß traf den 17jährigen Schüler Helmut Weß in die Schulter und verletzte ihn schwer. Der Staatsanwalt beantragte gegen Adomat eine Gefängnisstrafe von einem Jahr und sofortige Verhaftung. Das Urteil lautete auf ein Jahr Gefängnis, Einziehung der Waffe und sofortigen Haftbefehl wegen Nichtverdachts. Ohne den Haftbefehl hätte sich Adomat sehr wahrscheinlich sofort nach Polen in Sicherheit gebracht. Dort kann man solche Leute, die ihre Verhaftung zur Bede gegen Deutschland als Redakteure sozialdemokratischer Blätter unter Beweis gestellt haben, sehr gut gebrauchen. Adomat hätte in Polen eine ganze Reihe derartiger Kreuzzüge getroffen.

### Der Danziger Staatsbesuch in Warschau.

Die nationalsozialistische Regierung in Danzig hat die Selbstreinigung des Danziger Verhältnisses zu Polen herbeizuführen. Dieser schon vor der Regierungsübernahme wiederholt geäußerte Wunsch ist nun durch den Besuchsbesuch in Warschau, den Staatspräsident Dr. Kauffmann, Vizepräsident Arthur Greiser am 3. Juli der polnischen Regierung abstatteten. Die gesamte Warschauer Presse begrüßte den Besuch des Danziger Regierungschefs mit einer Freundslichkeit, hinter der sich eine

nicht geringe Überraschung über die schnelle Entschlossenheit der NSDAP, verberg. Anheimelnd ist es den Warschauer Kreisen nicht geworden, mit solcher Pflöchlichkeit über die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Erörterung des Problems Danzig-Polen gestellt zu werden. Das polnische Regierungsblatt, die „Gazeta Polska“, verurteilte ebenfalls, die von Danzig angestrebte Aktion alsbald zu durchzuführen. In der Sache ist es nicht, sondern die nationalpolitischen Gesamtverhältnisse des neuen Staates zu äußern. Die Zurückhaltung des ehemaligen Senatspräsidenten Dr. Jachim, der in seiner 25jährigen Amtszeit nicht ein einziges Mal in Warschau war, scheint den Polen erheblich angenehmer gewesen zu sein. Die Polen bemühnten sich, dem Danziger Besuch einen möglichst freundlichen Empfang zu bereiten. Das kostet nichts und verpflichtet zu nichts und hilft mißtrauer über eine Situation hinaus, in der man sich, wie diesmal die Polen nicht, nicht sehr begnügen muß. Der Solomons, der dem Danziger Gästen zur Verfügung gestellt wurde, die Blumen, mit denen man sie empfing, die Ehrenwache, die man vor ihnen aufmarschieren ließ, die feierliche Audienz, die ihnen der Staatspräsident Molicki gewährte, und dergleichen — das sind alles Dinge, die Danziger mit Wohlgefallen zur Kenntnis genommen und mit ebensolcher Steundlichkeit begrüßt haben. Und doch ist es nicht, sondern die Tatsache, daß sie hier „Männer vor sich haben, die sich durch äußere Aufmachung hinter sich führen und über den Ernst und die Schwierigkeit ihrer Arbeit hinwegtäuschen lassen. Es geht um Danzig, um seine wirtschaftliche Lebensfähigkeit und sein kulturelles Lebenstert als uralte rein deutsche Stadt. In Danzig weiß man sehr genau, daß die Soldaten, die im Vorhof der Warschauer Residenz das Gewerbe präsentieren, nicht nur zu Paradezwecken sind. Danzig hat durch den Besuch in Warschau einen Staatsbesuch, der sich aufschließen wird zu direkten Verhandlungen oder auf Öffentlichkeit zu erkennen gegeben. Es ist nun an Polen, entsprechend zu handeln. Wenn die Verhandlungen jedoch Aussicht auf Erfolg haben sollen, dann muß man sich in Warschau im klaren darüber sein, daß Polen keine Forderungen an Danzig zu stellen hat, sondern daß Danzig es ist, das sehr Recht und Sicherheit zu beanpruchen hat.

### Die Danziger Technische Hochschule.

Die Arbeit der 1922 gegründeten „Gesellschaft von Freunden der Danziger Hochschule“ droht um Stutzen des Deutschstums im Osten durch nationalsozialistische Schwierigkeiten beeinträchtigt und gelähmt zu werden. Infolge der deutschen Besetzung im Anfang der deutschen Hochschulen und insbesondere der Technischen Hochschulen und deren Verbindungsstellen, ist es schon in den letzten Jahren trotz opfervoller Bemühungen des Freistaates Danzig und zahlreicher Förderer nicht mehr möglich gewesen, die Hochschule mit Mitteln in dem Maße zu versehen, wie es erforderlich ist. Infolge der Besetzung im Anfang der deutschen Hochschulen und insbesondere der Technischen Hochschulen, ist es schon in den letzten Jahren trotz opfervoller Bemühungen des Freistaates Danzig und zahlreicher Förderer nicht mehr möglich gewesen, die Hochschule mit Mitteln in dem Maße zu versehen, wie es erforderlich ist. Infolge der Besetzung im Anfang der deutschen Hochschulen und insbesondere der Technischen Hochschulen, ist es schon in den letzten Jahren trotz opfervoller Bemühungen des Freistaates Danzig und zahlreicher Förderer nicht mehr möglich gewesen, die Hochschule mit Mitteln in dem Maße zu versehen, wie es erforderlich ist.

### „Brüder in Rot“

Im Rahmen der Hilfsmaßnahmen für die hungernden Weiß- und Gelbweissen in Rußland findet am Sonntag, den 9. Juli, im ganzen Deutschen Reich eine allgemeine Straßenjammertag. Es sollen dadurch die alleruntersten Mittel zusammengetragen werden, um die anderthalb Millionen deutscher Glaubensbrüder an der Wolga, in der Ukraine und im Nordkaukasus nötige Wanderleistungen zu leisten und sie vor dem Hungertode zu bewahren. Die Engländer, Oberbürgermeister von Darnst und die Gemeindevorstände, am kommenden Sonntag im Rahmen der Gottesdienste der polnischen Volksgenossen in Rußland zu gedenken. Die Durchführung der Aktion hat der Volksbund für das Deutschtum im Ausland zusammen mit dem Roten Kreuz übernommen.

# Die baltischen Staaten.

## Letland.

Wenn auch die Lage in Lettland nach jeder Richtung hin völlig ungeklärt ist und alles nach einer baldigen Lösung drängt, kann doch folgeschwer werden, daß das gespannte Verhältnis, welches seitens des russischen Czarismus nach dem Einzug in das Baltikum durch die russischen Soldatenherren sich zwischen dem Czarismus und dem baltischen Czarismus über Lettland verhängte, Zutritterperrung hervorgerufen wurde, durch die schnelle Beilegung dieses Konflikts notwendig nachzugehen und einer objektiven Beurteilung der Ereignisse im Reiche Platz gemacht hat. Es ist erfreulich, festzustellen, daß die energielosen Maßnahmen der deutschen Regierung, durch zeitweilige Erhängung der Zutritterperrung, ihre Wirkung nicht verfehlt hat. Denn auch die letzte, die jüngst-marxistische Bewegung, das das lettische Außenministerium der deutschen Regierung wiederholte Zusicherungen in Bezug auf eine Verhinderung der Boykottbewegung in Lettland gemacht hat, ist es doch erwiesen, daß der lettische Außenminister Saloisas dem deutschen Außenminister v. Neurath entsprechende Zusicherungen gegeben hat. Dies ist schon daraus zu ersehen, daß die gesamte lettische Presse die sofortige Beilegung des Zutritterperrungs durchs begrüßt hat und die Durchführung des wieder geordneten Wirtschaftslebens in Lettland und dem Reiche ohne weitere deutschfeindliche Kommentare brachte. Dies bezieht sich speziell auf die jüdische Presse, die in Lettland zum größten Teil in russischer Sprache erscheint und die ebenfalls, wie in Erlöbung gebracht werden konnte, durch das Außenministerium veranlaßt worden ist, jegliche weitere Propaganda für eine Boykottierung deutscher Waren zu unterlassen. Dieser läßt es sich für sich selbst verständlich machen, daß eine solche Aktion in der jüdischen und marxistischen Presse zwischen den Zeiten eine verdeckte Hebe gegen das Deutsche Reich fortgesetzt wird.

Anverbal der lettischen Koalitionsregierung sind in letzter Zeit nicht unwesentliche Differenzen entstanden. Ein Teil der Koalitionmitglieder macht der Regierung ein zu wenig scharfes Vorgehen gegen die marxistische Hebe zum Vorwurf, während ein anderer Teil der Koalition behauptet, daß die Regierung eine stärkere und entschließener Stellungnahme gegen die auch in Lettland sich bemerkbar machenden nationalen Bestrebungen der jungen Generation verlangt.

Das demokratische Zentrum, eine Säule der bisherigen Koalition der Regierung des „nationalen Erwachen“, ist aus der Regierung ausgeschieden und hat zum neuen Vertreter im Ministerrat, den dem lettischen Zentrum angehört, die lettischen Schulen und die deutsche kulturelle Selbstverwaltung, berührt, dem geborenen Bildungsminister Kenisch (zu deutsch: „König“) mitgenommen. Seine letzte Maßnahme zum Zweck seiner persönlichen „Sicherstellung“ war ein Erlös, den er am Tage vor seinem Rücktritt unterzeichnete und in welchem er sich selbst als den Präfes einer vor ihm nicht existierenden Schule gegründet und sich selbst als Leiter einer Schule das berühmte Schloß Rundental in Rundal (erbaut von Rostrotz) zur kollektiven Nutzung für die Dauer von 50 Jahren „verkauft“. Trotz dieser Höchstleistung und anderer noch ungeklärter Begebenheiten im Reiche wurde die Koalition, diesen unmöglichen Minister zur Erhaltung der bestehenden Koalitionsregierung zurückgezwungen!

Ein völligiges Verlegen über die deutschen Fraktionen des Parlaments festzustellen, die auch nicht öffentlich unternehmen, um die Herren im Parlament, die auch heute immer noch einen großen Teil der Bevölkerung ausmachen, zu unterbinden. Dieses Schmeizen der deutschen Fraktion wird am 10. Februarmonat, das es gerade jetzt, wo ein einmütiges Vorgehen in allen deutschen Fragen mehr als notwendig erscheint, bringen erforderlich ist, die lettische Hebe der jüdischen und sozialdemokratischen Abgeordneten im lettischen Parlament zu verbinden. Die Haltung nach hierin ist infolged eine Wendung eingetreten, als ob die befristete Ausschüsse gegen die neue deutsche Regierung neuerdings durch den Versäßen des Parlaments gerüst worden.

Allgemein herrscht eine gewisse Angst auch innerhalb der lettischen Bevölkerung vor der heranwachsenden jungen lettischen Generation. Das starke Anwachsen der lettischen Propaganda, die in der jüdischen und sozialdemokratischen orientierten Kreise ist nicht geringe Stürze aus, und es ist zu beobachten, daß die lettischen nationalsozialistischen Organisationen im hängigen Wachsen, speziell auf dem Lande, befrucht sind. Als äußeres Zeichen ihrer Verbundenheit mit der nationalsozialistischen Bewegung, folglich ihre Idee führen die lettischen Organisationen ein rotes Bakenkreuz auf weißem Feld als Vereinsabzeichen, und die Organisation dieses Gruppen, wird auch sonst nach dem Beispiel der nationalsozialistischen Bewegung im Reiche durchgeführt. Wie bereits erwähnt, hat diese Bewegung die meisten Anhänger auf dem flachen Lande zu vereinen, doch zeigen in letzter Zeit auch vorstehende lettische Studentische Kreise hierfür ein großes Interesse. Die Propaganda dieser Organisationen richtet sich in erster Linie gegen das in Lettland amstehende Judentum, doch läßt es sich feststellen, daß auch die lettischen Organisationen, die dem russischen, nationalsozialistischen Element tätig sind, die unter der Partei Lettland den Letten“ bemüht sind, auch eine antiseudische Stimmung innerhalb ihrer Kreise großziehen. Da sich die deutsche parlamentarische Fraktion, wie bereits erwähnt, obliegt stillschweigend und tolerant

gegen rechts und links verhält, ist zu befürchten, daß, wenn nicht ein Weg zur Verständigung zwischen den nationalen deutschen und lettischen Kreisen gefunden wird, diese jungen lettischen Kräfte leicht in ein erneuerter zum Schanden des in Lettland anstehenden Deutschland geraten werden.

Anverbal der baltischen deutschen Jugend ist es erfreulich, festzustellen, daß sich immer noch Kreise zur deutschen Erneuerungsbewegung und zum Nationalsozialismus bekennen im Gegensatz zu dem heute vorherrschenden demokratisch-liberalen System, das in letzter Zeit besonders stark bemüht ist, diese lettischen Kräfte innerhalb der deutschbaltischen Jugend auszunutzen und ihre Mitarbeit zum Wohle des Ganzen zu verhindern. Da jedoch unter der deutschbaltischen Jugend ein einmütiger Wille zur Zusammenarbeit besteht, ist begründete Aussicht vorhanden, daß die ersten Unternehmungen schließlich doch von Erfolg gekrönt sein werden. D. T.

## Estland.

Die gegenwärtige estnische Systemregierung bat mit dem von ihr herbeigeführten Volksentscheid vom 14. Juni über das Verfassungsänderungsprojekt der estnischen Erneuerungsbewegung, die Freiheitkämpfer dem Wille aus dem Wille des Regimes nehmen wollen und die, wie das Ergebnis der Volksabstimmung ganz unmissverständlich zeigt, kästlich damit gescheitert. Von 493 47 abgegebenen Stimmen haben sich nur 160 918 für den Regierungs-vorschlag ausgesprochen, während 332 553 Wähler (mitbin 67 v. H.) an Gegenstimmen gezeit werden konnten. Bemerkenswert ist, daß im Kreise Dorpat, der von jeher als Stützpunkt der Partei des gegenwärtigen Regimes gilt, nur 53 510 Stimmen für das Estnische gegeben hat, sogar 70 v. H. der Stimmen gegen die Regierung abgegeben wurden. Das konnte geschehen, trotzdem die Regierung der Systemterre alles daran gesetzt hat, um die Wähler in ihrem Sinne zu beeinflussen. So ist der höchste Beamte des Landes, der Staatsälteste, nicht ohne Zurückgehe, eigene Lage vor dem Volksentscheid einen „Lagebericht“ zu erhalten, durch den alle Wähler, die kirchlich eingetretene Teilnahme der parlamentarischen Parteien, jedoch die Staatsbeamten, aufgefordert wurden, dem Regierungsvorschlag zu stimmen. Das Estnische des Estnischen ist dadurch in hohem Maße erschüttert worden, wozu auch noch andere politische Ereignisse der jüngsten Vergangenheit beigetragen haben. So die langandauernde Regierungskrise, die dem jüdisch im Amt befindlichen Kabinett Konflikte vorausging, die kirchlich eingetretene Teilnahme der parlamentarischen Parteien, jedoch die Staatsbeamten, aufgefordert wurden, dem Regierungsvorschlag zu stimmen.

Die kirchliche Teilnahme der parlamentarischen Parteien, jedoch die Staatsbeamten, aufgefordert wurden, dem Regierungsvorschlag zu stimmen. Das Estnische des Estnischen ist dadurch in hohem Maße erschüttert worden, wozu auch noch andere politische Ereignisse der jüngsten Vergangenheit beigetragen haben. So die langandauernde Regierungskrise, die dem jüdisch im Amt befindlichen Kabinett Konflikte vorausging, die kirchlich eingetretene Teilnahme der parlamentarischen Parteien, jedoch die Staatsbeamten, aufgefordert wurden, dem Regierungsvorschlag zu stimmen. Das Estnische des Estnischen ist dadurch in hohem Maße erschüttert worden, wozu auch noch andere politische Ereignisse der jüngsten Vergangenheit beigetragen haben. So die langandauernde Regierungskrise, die dem jüdisch im Amt befindlichen Kabinett Konflikte vorausging, die kirchlich eingetretene Teilnahme der parlamentarischen Parteien, jedoch die Staatsbeamten, aufgefordert wurden, dem Regierungsvorschlag zu stimmen.

Das Estnische des Estnischen ist dadurch in hohem Maße erschüttert worden, wozu auch noch andere politische Ereignisse der jüngsten Vergangenheit beigetragen haben. So die langandauernde Regierungskrise, die dem jüdisch im Amt befindlichen Kabinett Konflikte vorausging, die kirchlich eingetretene Teilnahme der parlamentarischen Parteien, jedoch die Staatsbeamten, aufgefordert wurden, dem Regierungsvorschlag zu stimmen. Das Estnische des Estnischen ist dadurch in hohem Maße erschüttert worden, wozu auch noch andere politische Ereignisse der jüngsten Vergangenheit beigetragen haben. So die langandauernde Regierungskrise, die dem jüdisch im Amt befindlichen Kabinett Konflikte vorausging, die kirchlich eingetretene Teilnahme der parlamentarischen Parteien, jedoch die Staatsbeamten, aufgefordert wurden, dem Regierungsvorschlag zu stimmen.

Alles in allem genommen kann die politische Lage in Estland gegenwärtig zu bemerken werden, daß die Freiheitkämpferbewegung herbeigeführt worden ist, die dem Wille des Regimes entgegen der Durchbruch zur Macht, täglich näher kommt. Die Stellung des Systems wird bald turnerst sein. Durchgehende Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung gegen die Freiheitkämpfer erscheinen bereits nicht mehr tragbar. R. G.

## Polen und das Schuldenproblem.

Polen ist mit menia Hoffnung, seine Forderungen durchsetzen zu können, zur Weltwirtschaftskonferenz nach London gefahren. Die Frage, die Polen auf dieser Konferenz am meisten interessiert, ist das Einreden der Briten auf kein Kriegsausgleich mit Frankreich; es hat im Verein mit Frankreich die Zahlung der am 15. Juni fälligen Schuldrente an die Vereinigten Staaten verweigert. Nach Berechnungen eines polnischen Wirtschaftspolitikers ist zur Abdeckung der polnischen Auslandsschulden ein jährlicher Ausfuhrüberschuss von 400 Mill. Zloty notwendig. Die Aussicht, daß ein Überfluß in dieser Hinsicht erzielt, ist jedoch äußerst gering: An den Monaten April und Mai d. J. hat der polnische Außenhand ein Exportüberschuss von kaum 14 Mill. Zloty ergeben. Polen ist demnach tatsächlich nicht in der Lage, seine Schulden zu bezahlen. Es macht nun geltend, daß die Forderungen an Konkreten und Kriegsgeld, die es seinerzeit erhalten hat, ihm so hoch berechnet worden seien und zum Teil aus Vermögensumschlagungsbeständen geklärt hätten, die ohnehin hätten zerstört werden sollen. Polen verweist auf diese Weise, das Verhalten Amerikas an der Schuldenerforderung gleichsam als unmoralisch hinstellen. "Dage ist gerade Polen durchaus nicht berechtigt. Denn es ist vorwiegend durch eigene Schuld, welche seine wirtschaftliche Lernaerfahrung und lehrreich-militärischen Ehrgeiz, in die ungenügende Lage geraten, aus der es jetzt keinen Ausweg mehr weiß. Es hat sich, wie kaum ein anderer Staat, mit Zoll- und Verbotshranken umgeben und in dem krankhaften Verlangen, nach Auslands, d. h. von Deutschland, wirtschaftlich möglichst unabhängig zu werden, seine Handels- und Wirtschaftsbeziehungen gänzlich abgebrochen und seine Ausfuhr verringert. Abgesehen von der Sozialunion gibt es kaum ein Land in Europa, das, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, einen so geringen Außenhand aufweist wie Polen. Mit einem sehr minimalen Außenhand löst sich ein Ausfuhrüberschuss von 400 Mill. Zloty, der zur Schuldentilgung erforderlich wäre, nicht mehr erzielen. Oberzweifel hätte Polen die Möglichkeit, durch eine Abwertung des Zloty nach dem Ver-

bild Englands, der USA und anderer Staaten seine Ausfuhr zu steigern. Zur Durchführung dieses Währungsexperiments aber selbst der polnischen Regierung, die sonst auf wirtschaftlichem Gebiet die unlimitierten Experimente durchzuführen liebt, der Zloty die gleiche Währung ist in der Tat das einzige Aktmedium, das Polen dem Auslande gegenüber i. J. noch aufweisen kann. Polen hätte noch aus einem anderen Wege Mittel für die Bezahlung seiner Auslandsschulden freizubekommen. Es könnte seine sonstigen öffentlichen Ausgaben senken. Möglich wäre eine solche Senkung jedoch nur nach auf einem Gebiete, nämlich im Kultungs- und Sozial- und im Dritte ist von fast sämtlichen der Gesamtstaat in Anspruch nehmen. In Amerika, das die polnischen Kriegsgeldgeber, fordert nicht nur von Polen, sondern von allen Staaten, für die es den Krieg finanziert hat. Amerika hat trotz des Krieges, gemächlich in seinem alten Grundlage fest, daß über eine Senkung oder Streichung der Schulden nur unter der Bedingung überhaupt verhandelt werden kann, daß die Schuldentilgung ihrer Kultungs- und Sozialausgaben. Davon will Polen natürlich nichts wissen; es geht für vollkommen einig mit Frankreich, das Polen läßt man sich nicht gern an die eigenen Kultungen erinnern. Für die Abwertung hat man dort nur Interesse, soweit sie sich auf die Hilfspolizei oder die SIA, oder den Arbeitsdienst in Deutschland bezieht. Doch aber ein Zusammenhang zwischen Kultungs- und Auslandsschulden bestehen soll, das findet man in Wirklich schlecht und undiskutabel. Um sich auf alle Fälle vor etwaigen Überraschungen auf diesem Gebiete zu schützen, hat Wladislaw Janke Delegationen nach London und Brüssel geschickt, die die polnische Delegation nach London geschickt hat, nach einer technisch-wirtschaftlichen, nicht aber einer politisch-wirtschaftlichen Charakter verteilung; d. h. die Delegation ist nur zur Teilnahme an den Beratungen, nicht aber zur Unterzeichnung etwaiger Konferenzbeschlüsse berechtigt. Darin kommt das Mikrotum (oder vielleicht auch die Interesslosigkeit), mit der Polen der Weltwirtschaftskonferenz von vornherein gegenübersteht, recht deutlich zum Ausdruck.

## Das Bibliothekswesen in Polen.

Die „Polka Brojna“ berichtet über die Gefahr, die der Entwicklung der Bibliotheken in Polen durch die Wirtschaftskrise droht; diese Gefahr, schreibt das Blatt, besteht darin, daß in vielen, insbesondere in den kleineren, nicht weiterentwickeln und vergrössern können. Nicht nur die privaten Bücherfamilien, sondern in erster Linie die von Staats- und von den Kommunen unterhaltenen öffentlichen Schul-, Militär-, Gefängnis-, usw. Bibliotheken befinden sich infolge der Krise in einer überaus schwierigen Lage. Anschließend gibt die „Polka Brojna“ einen Überblick über den Stand des Bibliothekswesens in Polen; sie schreibt: Insgesamt gibt es in Polen 111 Bibliotheken, darunter 5 öffentliche, 66 v. H. Volkshochschulbibliotheken, 39 v. H. Mittelschulbibliotheken, 1 v. H. Lehrerbibliotheken, 17 v. H. Berufshochschulbibliotheken und 0,5 v. H. Bibliotheken der höheren Schulen sowie von Gefängnissen und militärischen Anstalten. In diesen Bücherfamilien sind über 15 880 000 Bände vorhanden. Hinsichtlich der Zahl der Bände vernehmen die öffentlichen Bibliotheken sowie die Bibliotheken der Volkshochschulen besondere Beachtung. An öffentlichen Bibliotheken sind insgesamt 43 in Warschau, darunter 62 v. H. auf dem Lande und 38 v. H. in den Städten. Auf eine Bibliothek auf dem Lande entfallen 203 Bände, in den Städten 1456. Es sind das also kleine Sammlungen, die erst jüngst entstanden sind. Die Bibliotheken der Volkshochschulen belaufen sich auf 2741, also nicht jede Schule besitzt in Polen eine, sei es auch nur kleine Bibliothek. Bedeutend größer sind die Bücherfamilien der Mittelschulen, deren es insgesamt 113 in Warschau, darunter jede im Durchschnitt. An großen Bibliotheken gibt es in Polen 13 mit 3,8 Mill. Bänden. Auf eine entfallen mithin 253 000 Bände. Bemerkenswert ist der Umfang, daß die Bücherfamilien erst verhältnismäßig jungen Datums sind; gegenüber anderen Völkern steht Polen ziemlich unten an. So besitzen 1 v. H. die Vereinigten Staaten 160 große Bibliotheken zu je 292 000 Bänden im Durchschnitt, Dänemark 4 v. H. Bibliotheken zu je 295 000 Bänden, Schweden 58 zu je 299 000, England 5 zu je 308 000 Bänden. Dagegen zählt die Tschechoslowakei 6 große Bibliotheken zu je 267 000 Bänden im Durchschnitt, Belgien 9 zu je 300 000, Holland 10 zu je 360 000 und Schweden 5 zu je 420 000 Bänden. In der letzten Zeit hat Rußland auf diesem Gebiete einen großen Schritt vorwärts getan; es hat ausgedehnt 44 große Bibliotheken mit 20,7 Mill. Bänden. Mehr Bücher in seiner Bibliotheken hat auch die Vereinigten Staaten (46,7 Mill. Bände) und Deutschland (28 Mill. Bände). Diese Stelle nimmt also Rußland ein, Polen die sechste, Holland die sechste, Belgien die achte.

## Kulturelle Mittlerrolle der Ukraine.

Um Aufgabe des ukrainischen Wissenschaftlichen Institutes in Berlin sprach vor kurzem Professor Dr. R. H. Meyer in der Gesellschaft der Freunde über die Mittlerrolle der Ukraine in der Kultur des Ostens:

Die Lage des ukrainischen Raumes, von keiner Seite durch Gebirge wirklich geschützt, bedingt den Umstand, daß es diesem Bierig-Milchionen-Volke so heute noch nicht gelingen konnte, einen eigenen Nationalstaat von dauerhaftem Bestand zu entwickeln, andererseits aber auch den Vorzug, den kulturellen Anregungen seitens der Rarabden alle Zeit offenstehen und Spender kultureller Ergründlichkeiten an seine Nachbarvölker zu werden. Insbesondere wirkt die Rolle der Mittlerrolle des ukrainischen Raumes nach Osten und Westen aus, also nach dem Moskauer Reich, nach Rußland hin. Der eine große Kulturstrom geht von Byzanz-Konstantinopel aus, der dem Großfürstentum Kiew 988 das Christentum in griechisch-orthodoxer Form übermittelt und eine eigene bedeutsame Kulturopode mit dem Zentrum Kiew hervorbringt. Derartige Werke, die bis heute nur noch in Rußland entgegengesetzten Fortschritt bezeugen, nämlich die Reihenfolge von 1119 der das Jgorid, die der Weltliteratur angehören, haben ihre Heimat im kleiner Reich des 10. bis 12. Jahrhunderts. Sie sind freilich in Seiten aufgeschichtet, die mehrere Jahrhunderte von ihrer Entstehung entfernt liegen, daß auf neuem Boden im Moskauer Reich, das das kulturelle Erbe Kiews anjutteten befragen nur, als Kiew 1240 von Nomadenborben in Staub und Asche verembaltet wurde.

Die Jahrhundert gelangte der wesentliche Teil der Ukraine an das polnische und litauische Reich und damit in den anderen großen Kulturstrom, der von Rom, Frankreich, Deutschland, also von Europa" ausging. Über drei Jahrhunderte, seit 1340, hatte die Ukraine Gelegenheit, die europäische Kultur voll in sich aufzunehmen, freilich unter grandfölicher Weibhaltung ihres griechisch-orthodoxen Bekenntnisses. So gelangten Renaissance, Humanismus und vor allem die religiösen Wissenschaften der Reformations- und Gegenreformation unter griechisch-orthodoxen Slaven allein zu den Ukrainern. Um 16. und 17. Jahrhundert wird zum zweitenmal Kiew das kulturelle Zentrum des Ostslawentums und wirkt gegenwärtig auf das ukrainische Gebiet. Zum zweitenmal spendt der ukrainische Raum in reichstem Maße seine Gaben an den russischen Norden und Nordosten, da vor Peter dem Großen, etwa zur Zeit Simon Potockski (gest. 1680) und Stanislaw Leskizki, der Ukraine ein russischer Kultur- und wissenschaftlicher Mittelpunkt aus Kiew nach Moskau und Petersburg berufen werden, wo sie die Europaisierung Rußlands bedeutsam fördern. Schon Peter unterdrückt das ukrainische Volk io, daß unter ihm und in den beiden folgenden Jahrhunderten die genialsten Söpselkräfte der Ukraine entweder zum Schweißen gezwungen werden oder ihr Schloßen in russische Sprachform pressen müssen. Skomoroda, der größte ukrainische Dichter, der ukrainische Romanen- und Scherzdenker, der größte Dichter der Ukraine, sind dafür bemerkenswerte Beispiele. Aber die Selbstliebe geht ihren Weg weiter, und die Rolle der Ukraine ist noch nicht ausgepielt.

## Ostdeutsche Mädel.

Geschild des „Bundes deutscher Mädel“ aus Ostmark.

Wir blicken froh in die Weite,  
Ihr laßt der Himmel blau sein,  
Wir können den frohem Straße,  
Wir wollen es genau:  
Jugend, kämpfende Jugend,  
Dir gehört die Welt.

Wir tragen die Herzen, Hren,  
Die Wahrheit gibt uns Mut,  
Und unser seliges Hoffen  
An der Zukunft ruht,  
Jugend, hoffende Jugend,  
Dir gehört die Welt.

Wir tragen mutig dem Leben,  
Das uns die Jugend raubt.  
Wir schaffen uns selber ein Leben  
Und haben darauf gebaut,  
Jugend, schaffende Jugend,  
Dir gehört die Welt.

Und wenn uns die Menschen verloben,  
Was schert uns Spott und Hohn,  
Wir wollen uns nichts davon machen,  
Den Sieg tragen wir davon,  
Jugend, siegende Jugend,  
Dir gehört die Welt.

## Der polnische Aufstand in Polen.

31. Fortsetzung. Von Hermann Bijske.

Zwischenin berichtet Nyspecki über ein kleines Vorkommnis, das damals in Polen nicht bestranden wurde, obwohl es in seiner Auswirkung belanglos bleiben mußte. Für das Verhältnis der Polen zu den Revolutionären und zu den Arbeiter- und Soldatenräten ist es aber überaus charakteristisch. Es mag daran hier folgen:

Die Arbeiter- und Soldatenrat wünschte eine Vertretung der Polen bei einer Versammlung im Gouvernementsgebäude am Abend des 10. November um 8 Uhr. Sie hatten dazu die Herren Nyspecki, Dr. Arnykiewicz, Krojina und Wodczynski ausgewählt. Die Herren waren aber nirgends zu erreichen. Sie schlafen bis in sieben Uhr polnischer Zeitigkeit. Da bekamen drei Arbeiter die Versammlung sofort auf. Die Arbeiter hatten sich aber schnell gefügt. Der Prälat Adamski und Wladislaw Seyda mußten den Soldaten klarzumachen, daß das Beisammensein gar keine Versammlung, vor allem aber keine politische Versammlung sei. Die Versammlung, die sie miteinander hielten, hätte überhaupt den Zweck, durch die Teilnahme der Polen die Revolution zu unterstützen. Sie hier über, würde überhaupt nur zum Nutzen der Arbeiter- und Soldatenräte dienen. So mußten sie die drei Soldaten dazu zu bestimmen, sie ruhig beiseite zu lassen. Da zigten die Soldaten ihren Zettel. Die Polen, höchst erfreut über den Antrag, zu den Beratungen zu erscheinen, wußten die Soldaten nun ganz auf ihre Seite zu ziehen, indem sie ihnen die Ehrung stülpi werden ließen, dem Arbeiter- und Soldatenrat ihre Bitte um drei weitere Mitglieder zu unterbreiten. Eine angebene Beratung bekräftigte das freundschafliche Verhalten. Die Soldaten gingen in besser Stimmung davon. Die Arbeiter- und Soldatenrat unterbreiteten auch den neuen Antrag dem Arbeiter- und Soldatenrat, und tatsächlich nahmen an demselben Abend auch sieben Polen, zu den ihnen genannten noch W. Seyda, S. Kosowicki und Dr. K. Kozubelski, an der Beratung in dem Gouvernementsgebäude teil und zeigten dort den Antrag auf die Entsendung des Oberbürgermeisters Wilms und des Polizeirats Goebrke.

Dieser Vorgang ist außerordentlich bezeichnend. Die Polen hatten schon am ersten Tage der Revolution jedes Bedenken über die Abhaltung politischer Zusammenkünfte ohne Anmeldung verloren. Den Soldaten gegenüber fühlten sie sich so überlegen, daß sie mit ihnen spielten. Sie behandelten sie als Einflüsterer und mußten sie für ihre Zwecke aus. Der Arbeiter- und Soldatenrat ist der Bedeutung dieses Vorgangs überhaupt nicht nachgegangen, obwohl er Stadtsprecher war. Er nahm die Ausführungen der Polen für aufrechtig und baute auf ihr Wort, ihren guten Willen und ihre Ziffen.

Sind in diesen Vorgängen Anzeichen vorhanden, daß die Polen von dem geplanten revolutionären Umsturz in Polen vor den Deutschen wußten?

Oder finden sich gar in ihnen Hinweise darauf, daß die Polen gemeinsam mit den Revolutionären handelten?

Man muß dabei beachten, daß die polnische Organisation durch ihre geheimen Beziehungen mit der Gestapo über die Polen an der Front und die Pläne der Seibe wohlunterrichtet war. Ebenso sind ihr gemäß die revolutionären Vorbereitungen im Lande durch ihre Späber bekannt gewesen. Die Vorgänge im Reichtage, Vorgänge im Lande, die militärischen Übungen des Sokol sogar mit Waffen vor der Revolution und die Versammlung der polnischen Arbeiter, die als militärische Vertreter zu werden list, schon am 8. November begangen das, was kann man nicht zuzumuten. Die Arbeiter der Polen erklären, aber nicht alles. In den Tagen der Revolution finden wir auch bei den Deutschen eine besondere Regsamkeit. Die Polen haben aber überall ihre Führer zur Stelle. Während die Deutschen von den Arbeiter- und Soldatenräten übersehen werden, soweit sie nicht Sozialdemokraten sind, sind die Polen von Anfang an zu den Beratungen hinzugezogen und finden ihre besondere Vertretung.

Ungläubliche Anträge werden angenommen und durchgeführt. Das erlebte Verhältnis, in dem sie zu den Revolutionären stehen, kann gar nicht übersehen werden.

Auffallen muß ferner ihre große Versammlungstätigkeit. Tsompjynski und Seyda nahmen an der Gründung des Arbeiter- und Soldatenrates am Morgen des 10. November teil. Von 10—12 Uhr list eine polnische Wählerversammlung im Saitzischen Kaffee. Diese Versammlung war zwar als eine Wahlbesprechung angekündigt. Was dort verhandelt wurde, kann aber niemand sagen. Die Polen vertrieben leicht Versammlungen während der Gottesdienste auf das polnische. Hier list man sich darüber hinweg. Am 7. Uhr mittags list die Versammlung der polnischen Arbeiter im Grünen Kaffee mit ausgesprochenem nationalen und revolutionären Anhalt. Es folgt um 3 Uhr nachmittags die reich besuchte Versammlung in der Besto mit der Begründung des polnischen Bürgerkomitees. 7 Uhr abends kann bereits der Aufruf der polnischen Führer an die polnischen Bürger der Stadt verlesen werden. Ein Aufruf zur Revolution. Diese Tätigkeit list sich in ihrer Häufigkeit und Selbsteigenschaft nicht gering entwickeln. Selbst bei dem Vorhandensein einer guten Organisation nicht. Die ausflussgebenden Herren sind überall zur Stelle. Selbst die Abgeordneten der Parlamente befinden sich hier, obwohl sie nicht in Polen selbst wohnen. Sie sind entweder aus Berlin zurückgekommen oder sind noch in ihrer Heimat verblieben. Das alles können nicht Zufälligkeiten sein. Auch eine künge Voraussicht reicht nicht aus, diese Vorgänge zu erklären. Ebenso muß die Aufnahme der polnischen Vorschläge in den Arbeiter- und Soldatenräten gleich zu Beginn der Revolution Verwunderung erregen. Nicht mehr später, denn dann überdachten sie die Lage. Anträge über deren Notwendigkeit nicht zu übersehen. Die polnische Anträge sind in Polen in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte gekommen, die Aufnahme des Oberbürgermeisters Wilms und des Polizeirats Goebrke, die Abhebung des Generals v. Jabs als Leiter des Soldatenrats, die Vermittlung einer polnischen Bürgerwehr unter dem Oberbefehl des Polen Julian Lange fanden ohne erkennbares Widerstreben Annahme. Sie können bei aller Dialekt der deutschen Vertreter in den Arbeiter- und Soldatenräten nicht durch die Einflüster der Mitglieder und Überlegenheit der polnischen Führer hineinreichend erklärt werden. Man muß annehmen, daß hier von Anfang an gewisse Ansetzungen vorlagen. Die Annahme wird zwingend, daß Polen und revolutionäre Soldaten einander in die Hände arbeiteten. Schon dadurch wurde die Lage des Deutschstums in Polen bei aller Umflucht und Eiteligkeit vermerkt, zumal die militärische und politische Stellung vollkommen erledigt.

Die Annahme, daß die Polen in Übereinstimmung oder mit Zustimmung der Berliner Revolutionäre handelten, nicht bestrikt durch die Tatsache, daß Polen die einzige Festung des Offens war, die mit einer revolutionären Besatzung von Berlin bedacht war. Weder Marienburg, noch Graudenz, noch Thorn, noch Glogau, noch Breslau wurden durch revolutionäre Sormannens, die mit bestimmten Aufträgen nach Berlin kamen, besetzt. Und diese Besetzung konnte am ersten Tage an so, daß die Befehlsgewalt in der Festung in die Hände der Polen gelangt wird. Berlin buldete nicht nur diesen Zustand, sondern es bestrakt ihn und hält seine Hände schwebend über ihm und bewacht ihn vor den Gegenbewegungen der Deutschen, wie wir später leben werden. Diese Erscheinungen lassen sich nicht allein aus dem Gefühl der Sorge und der Schwäche der sozialistischen Revolution in Berlin erklären. Sie heuten auf ein stilles Überkommen bin.

Der Erfolg, den die Polen durch die Beherrschung der R- und S-Räte gemessen hatten, war ein ungeheurer. Sie hatten Befehlsgewalt und Verwaltung zwar nicht selbst in den Händen, aber sie bestimmten sie. Nach außen hin war ihre Machtsstellung durch die Revolution geschickt verschleiert. Bei dem unendlichen Wirrwarr eigener Tage und eigenmächtigen Maßnahmen der Revolution list ihre Machtsstellung nicht wenig auf. Mit der Beherrschung der R- und S-Räte in den Polen hatten die Polen als eine getarnte Behörde zwischen Berlin und der Verwaltung in der Verwaltung der allerwichtigsten Stelle eingeschoben. Sie konnten fortbin gar nicht mehr umgangen werden. Alle Berichte und Anweisungen gingen auch durch ihre Hände. Sie waren über alles unterrichtet. Vom Generalkommando und dem Oberpräsidium bis zur Kreisverwaltung in der

Prozess hand alles unter ihrer Beobachtung. Die Männer, die sie in revolutionäre Körperlichkeit erfannt hatten, gaben die Gewähr, daß sie die Sache bald beherrschen lernten. Zudem waren alle Behörden bald mit vorträftlichen Beamten durchsetzt. Nur bei großer Aufmerksamkeit und großem Geschick konnten zuverlässige Beamte gewisse Bezirke und Anstellungen den Augen der Polen entziehen. Der Vormarsch zur Eroberung weiterer Machtstellungen folgte sehr schnell.

#### Die Ablehnung des Oberbürgermeisters Dr. Wilms.

Die nächsten Ereignisse führten zu der Ablehnung des Oberbürgermeisters Dr. Wilms und des Leiters der politischen Polizei, Polizeipräsident Gehrke. Schon am ersten Revolutionstage hatten in der Versammlung im Gewerkschaftshaus am 7. Uhr abends die Polen die Ablehnung des Oberbürgermeisters gefordert. Am Montag nachmittags erreichte sie ihr Ziel. Oberbürgermeister Wilms war ihnen ein Dorn im Auge. An seiner Vermaltung war nichts auszusetzen, aber er hatte eine deutsche, nationale Politik geführt. Über seine innere Einstellung war niemand im Zweifel, obwohl er den Polen gegenüber sich stets äußerlich faktisch benommen hatte. Es kränkte sie auch, daß er als Rathschick nicht dem Centrum, sondern der Rationalisierenden Partei angehörte und auch von dieser Seite nicht beifällig werden konnte. Seine gerade und kraftvolle Politik im Interesse des Deutschtums und des Deutschen Reiches hatte sie scharf bekämpft. Sie fürchteten auch, daß seine Aufmerksamkeit und Klugheit ihre Schwäche stören konnte. Ein Unfall machte mich zum Zeugen seiner Ablehnung. Der A.- und S.-Rat hatte für den Abend des 11. November eine Sitzung in das Rathaus einberufen, sich besam mich auf einem Geschäftsgang und fand den Altten Markt vorübergehend abhalten. Ich trat mit dem Stadtorberratsmitgliedungsamt hand die Menge Kopf. Ich traf den Vorsitzenden des Posener Lehrervereins und erfuhr von ihm, daß oben der A.- und S.-Rat eben zu einer Sitzung zusammengetreten sei und daß es sich um die Ablehnung des Oberbürgermeisters handele. Die Menge verhielt sich im ganzen ruhig. Es wurden zwar Rufe laut, aber sie waren nicht mehr harmlos als es erst zu nehmen. Die Angaben über die Art der Ablehnung sind nicht richtig und foltschliche Gewalt erregungen worden ist, ist eine falsche Erfindung.

Der Eingang zu dem Sitzungssaal war frei. Wer sich in dem Gedränge Raum zu verschaffen mußte, konnte eintreten. Die ganze Aufsamung war ein Bild der Unordnung. Menschen kamen und gingen. Ich verfolgte mich den Gang hinaus bis in die Räte der Gär. Der Saal war gedrängt voll. Man hatte eben durch Abgang des Oberbürgermeisters und Aufzehrung, in den Sitzungssaal zu kommen. Ich sah in meinem Rücken den Leiter der Sozialdemokrat und Angehörige des A.-Rates Ernst David das Wort. Er hatte sich dazu geminnen lassen, Conspicendienste für die Polen zu tun, und bejagte für sie die Henkerdienste. Also nicht die Polen, sondern ein Sozialdemokrat führt die Ablehnung. Ich sehe den rechtsbühnen stehenden Mann noch vor mir stehen und höre ihn laut sprechen: „Also ist es gekommen. Ich habe die Freiheit zurufe. Er hat Angst!“ „Nein, der Mann, der bis jetzt Polen geführt hat, kennt keine Angst. Er trotzt. Das werden wir ihm abgemöhnen.“ Wir werden ihn mit Gewalt herholen!“ Wieder wurde eine Abordnung auf das Zimmer des Oberbürgermeisters geschickt, ihn zu holen. Eine große Anzahl resoluter Männer ging mit. Sie kamen recht bald wieder und brachten nur nicht den Oberbürgermeister, aber seine Erklärung, daß er auf sein Amt verzichte. Danach wurde das Mitglied des polnischen Volkstages Dr. Drzewicki, ein Rechtsanwalt, als Oberbürgermeister benannt. Er trat sein Amt schon am nächsten Tage an und führte fortan den Titel „Präsident“. Von den übrigen Ausführungen ist mir nur noch in Erinnerung, daß der Stadtverordnetenversammlung, Justizrat Placzek, im Namen der Stadtverordneten die Mitarbeit zulagte. Allgemeine Ueberzeugung und bei den Deutschen Erstaunen und Entrüstung lief es hervor, als der Landesbauplatz n. d. S. k. in einer kurzen Rede die Revolution anerkannte und sich auf dem Boden der neuen Verhältnisse stellte. Durch die Bestätigung der Zeitung der Stadt hatten die Polen einen neuen unerschütterlichen Gwachs ihrer Stellung gewonnen. Sie konnten die Machtmittel der Stadt, die Verwaltung sowie die materiellen Güter ihrer Zwecke dienlich machen. Das haben sie nach allen Kräften auszunutzen genutzt.

Vor allem aber bevorzugte sie von jetzt ab die kommunale Polizei, die sie ganz nach Belieben benutzen über befehligen konnten. Auch der Leiter der politischen Polizei wurde nicht gestrichelt und behelagte Polizeistatistik S o e h r k e, wurde auf Verlangen der Polen von dem A.- und S.-Rat abgesetzt und mußte die Stadt verlassen. Der Polizeipräsident e. d. K n e i s e b e k kam in dem polnischen Rechtsanwalts Celibowski bald einen Verant und Aufpasser. So kam sowohl die kommunale wie die politische Polizei mit einem Schlage in die Hände der Polen, die sich in dem herrschenden Zustand ab die politische Aufsicht und die Verwaltung der Stadt. Der Oberbürgermeister Wilms forderte man auf, die Stadt zu verlassen. Als er nach einer kurzen Zeit in sein Landhaus zurückkehrte, wurde man ihn durch Drohungen wiederum zur Abreise.

Unverhohlen schnell und fast unbemerkt von dem Deutschtum hatten die Polen eine beherrschende Stellung gewonnen. Es fehlt nur noch der militärische Aufbau. Auch den nahmen sie von Anfang an in die Hand.

#### Die Bildung der Posener Bürgerwehr.

Am zweiten Tage der Revolution, also am 11. November, hatten die Polen von dem Volkswahlausschuß des A.- und S.-Rates den Auftrag erteilt, eine Bürgerwehr einzurichten. Nach der Mit-

teilung an die Öffentlichkeit sollte sie rein paritätisch nach Nationalitäten aufgezogen werden. Dem Oberbefehl sollte allerdings ein Pol, Julian Lange, ein ehemaliger preussischer Feldwebel, führen. Am Mittag des nächsten Tages, also am 12. November, dem dritten Tage der Revolution, trat die neue Bürgerwehr zum ersten Male auf dem Altten Markt in Polen an. Sie war in drei Gruppen nach den Nationalitäten gegliedert. Die Polen waren in fünfzig Bataillone aufmarschiert. Man sprach von 800 Mann. Die Haltung, die Haltung, die strotzte militärische Zucht und das polnische Kommando verriet eben, daß zu der Ausbildung der Gruppe planmäßige und längere Vorbereitungen und Übungen im Gange gewesen sind. Die Kleidung und Ausrüstung war die des deutschen Feldsoldaten. Neben den Polen waren noch 18 Juden und 3 Deutsche angetreten, die in ihrer Ausrüstung den Polen glichen. Für die Deutschen war die klägliche Beteiligung eine beschämende Laßlage.

Wer selbst Bataillon gewesen ist, weiß, was es heißt, ein Bataillon einzukleiden, auszurüsten und einheitlich auszubilden. In einhundert Tagen ist das völlig unmöglich, auch wenn man ein Säuberei glaubt. Gemäß hatte die militärische Organisation der Deutschen den Ansehen den größten Teil der Vorarbeit abgenommen. Kleidung, Waffen und sonstige Ausrüstungsgegenstände waren entweder aus den deutschen Heeresbeständen geliehen, von den heimekretischen Truppen mitgebracht und zurückbehalten oder von dem A.- und S.-Rat zur Verfügung gestellt. Auch die scharfe Munition. Exerzium und Formationen entlieferten der deutschen Militärbehörde. Selbst der Kommandant war ein Jude, der preussischen Heeres, der in den Polen übergelaufen war. Die Kommandanten des Kommandos waren polnisch. Der Kommandant war bereits so eingeweiht und eingewöhnt, daß alles auch selbst klappte. Öffentlichlich legten die Polen größten Wert auf strotzes militärisches Auftreten. Die allgemeine Ansicht war, daß die Bürgerwehr (Straßwehr) einen vorzüglichen Eindruck machte. Auch die Ansicht war allgemein, daß die Polen längst ihre Wehr fertig hatten, als die Revolution ausbrach, und daß sie tüchtig exerzieren hatten, zumal der polnische Bürgerwehr auch eine Anzahl von Kräften angehörte, die den preussischen Heeresdienst noch nicht mitgemacht hatten, sondern von den Sokols und der früheren Organisation der Straz herkamen. Diese Ansicht wurde durch Gerüchte befestigt, die aus Pleschen, Schrimm und Schroda kamen. Von dort berichteten Augenzeugen, daß polnische militärische Verbände bereits vonwendung vor der Revolution ihre militärischen Übungen abgehalten hatten. Respekt gibt an, daß die Leitung des Sokols bestritten hatte, daß es sich um die polnische Revolution von 1918 handelte. Respekt hatte, wo es ging, sogar mit den Waffen. Der Respekt selbst Kommandant der Sokols war, ist an keiner Angabe nicht zu zweifeln.

Das nötig ist, einen kurzen Rückblick auf die Einrichtung der Straz und Sokols zu werfen. Die Straz war in Polen im Jahre 1905 begründet worden. Reiche Grundbesitzer der Provinz und vermögende Bürger hatten sie ins Leben gerufen und finanziert. An der Spitze des Verbandes stand ein Präsident und ein Vorstand mit einem Vorstand. Die Ziele und Ziel waren nicht militärische Absichten gewesen. Der Schutz und die Pflege kultureller, wirtschaftlicher und anderer Belange von Belten des polnischen Volkes sollten ihre Aufgabe sein. Die nationale Einstellung lag die Augen der Polen auf diese Neugründung. Die Zahl der Mitglieder lag sehr schnell. Man feierte nationale Feste, pflegte den polnischen Volkstum und trug die nationalpolitische Eracht und betraufte sich an nationalen Gelangen und Reden. Prof. Ludwig Bernard glaubt diese Verbände mit Scharfschätzung zu behandeln zu können. Sie haben keine beifälligen können. Das war der Polen stets immer unter nationalpolitischen Absichten. Die meisten auch der Straz unterjocht werden und waren für jeden Beobachter sogar augenfällig. Was darüber steskte, konnte man leicht denken. Selbst wenn man annahm, daß die Straz keine politischen oder gar militärischen Ziele verfolgte, was gewiß nicht zutreffend ist, hat sie durch die Zusammenfassung vieler polnischer Kreise und die Erzielung im nationalpolitischen Sinne der spätesten Scheitern können. Die polnische Revolution hat die polnische Selbstführungen zur Geliebten gemacht, wurden Mitglieder, sondern Beiträge, traten mit den Polen in enge Verbindung und gingen schließlich zu ihnen über.

Die Sokols waren polnische Turnvereine. Entsprechend der nationalen Einstellung der Polen beifälligten sie sich die mit politischen Zielen. Überall wurden in ihren Verbänden polnische Nieder politischen Inhalts gehalten und politische Reden gehalten. Polnische Abzeichen, polnische Mützen und Kleidertrachten waren überall Anzucht. Die Sokols fand man überall vor, wo Polen in größerer Anzahl im Deutschen Reich wohnten. Auch in Wien und München. Vor dem Weltkrieg hatten sie eine verlässliche politische Richtung angenommen. Sie konnten geradezu als staatsfeindlich angesehen werden. Führer der Sokols mußten vor dem Weltkrieg wiederholt wegen ihrer staatsfeindlichen Veltreibungen zu Freiheitsstrafen verurteilt werden. Auch Respekt dachte sich so versagen und mußte dafür büßen.

Gleich zu Beginn des Weltkrieges traten auch die polnischen Skauts heroor. Sie waren den englischen Skauts nachgebildet, die eigentlich eine Jugendbewegung sein sollten. Im Gegensatz dazu pflegten die polnischen Skauts den Gedankensinn, der geradezu die Form der deutschen Feldjungenbewegung annahm. In der Tat wurden die Jungen zu einem Straz. Die Übungen wurden meist mit Spätk abgehalten. (Fortsetzung folgt.)



# Stimmen über den Osten.

## Die 14 Punkte und Versailles.

Der Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, Alfred Rosenberg, sprach am 28. Juni im Reichstagsgebäude vor der Kroll-Oper zum Jahrestage des Versailler Diktats; hierbei führte er u. a. folgendes aus:

Der Standpunkt des Versailler Vertrages muß klar umrissen werden. Es ist notwendig, auf seinen Urfprung zurückzugehen, denn wir anerkennen den Versailler Vertrag nicht als rechtlich zu Stande gekommen, sondern betrachten ihn als unvolles Recht, für einen Vertrag zu nennen, und hoben deshalb 14 Jahre von einem Diktat getrennt. Wir sind der Überzeugung, und ich glaube, eine spätere Geschichtsschreibung wird diese Überzeugung teilen, daß sich zwischen dem 5. Oktober und dem 31. November 1918 etwas abspielte fast, was man völkerrechtlich ein Vorwissen, nennt und dieser Vorwissen ist nach der Deutschen Waffenstillsetzung verlicht worden. Anfang Oktober 1918 erlachte der deutsche Reichskanzler den amerikanischen Präsidenten Wilson, Friedensverhandlungen einzuleiten. Lange Debatten folgten, und genau einen Monat später trat die amerikanische Regierung Deutschland ihre Bereitwilligkeit mit, ein Abkommen abzuschließen auf Grund der sogenannten 14 Punkte des Präsidenten Wilson. Man kann heute nicht mehr sagen, daß dieses Anerbieten der Genußfrucht plötzlich gekommen ist. Die meisten Männer haben die Bestimmung genau beprochen, und in der Antwortnote ist ausdrücklich hervorgehoben worden, daß die 14 Punkte Punkte anerkannt werden. ... Dann begann der Kampf um die Gestaltung der deutschen Ostgrenzen. Hier zeigte sich, wie sehr die Friedenskonferenzen verlassen war von vernunftmäßiger Leitung und nur beherzigt von der Leidenschaft. Wilson hatte den Polen in seinen 14 Punkten einen freien Zugang zum Meere zugesagt. Darunter verstand man, daß Danzig Freistadt werde und die Unterweisung internationalisiert werden solle. Dann aber erfolgte eine Zerstückelung des deutschen Volkskörpers, und es kam ein losgerissener Freistadt, und aus der Internationalisierung der Weichsel wurde ein heftiges polnisches Gebot, das man schließlich teilweise nun einen polnischen „Korridor“ nannte.

## Sinterpommern als politische Landchaft.

In der „Preussischen Zeitung“ veröffentlichte Weber-Krohle unter der Überschrift „Die Westgrenze des Korridors“ einen Aufsatz, in dem es u. a. heißt:

„Wer Pommern und den Osten von außen her betrachtet, erkennt zu wenig den ungenauen Unterschied zwischen Pommern und Sinterpommern. Ich sehen Pommern eine wesentlich von seiner Hauptstadt Stralland abhängige Landchaft, ist ferner Stettin eigentlich mehr ein Abteiler Daniels als eine speziell pommersche Stadt, so ist vollends Sinterpommern eine Landchaft für sich, die von Stettin aus über eine Entfernung von 200–250 Km. nur sehr mittelbar erfaßt werden kann. In der Vorkriegszeit tendierte diese Gegend, deren eingesehene Familien, nebenbei bemerkt, auf einer erheblich höheren Kulturstufe und in engerer Anteilung zum eigentlichen Preußentum standen, als

etwa die vor- und mittelpommerschen Gespächter, wesentlich stärker nach Danzig als nach Stettin.

Seitdem Danzig vom Reich losgerissen ist und sich plötzlich wie ein Abarand, der in einem entlegenen Walde aufgerissen ist, der Korridor an die Grenze der Kreise Gauenburg, Bütow, Rummelsburg also legte, ist Ohnmacht vor eine völlig neue Aufgabe und vor ein völlig neues Gefühl gefaßt worden.

Stap ist im stärksten Maße zur Hauptstadt geworden, die Grenze hat das Kulturleben und die politische Gestaltung der um es gruppierten Kreise im stärksten Maße beeinflußt. Die Grenzkreise Stoll, Schlawe, Gauenburg, Rummelsburg, Bütow, Rautzsch und Dramburg bilden innerhalb Pommerns heute eine Grenzlandschaft für sich. Ihre Beziehungen zum eigentlichen Pommern und zur Hauptstadt Stettin sind wesentlich nur verwaltungsmäßiger Art. Viel näher liegt dieser Landchaft die benachbarte verarmte Grenzprovinz, deren Kristallisationspunkt, gemäßigteren als Extraditionsträger von Graudenz, heute Schneidemühl ist, es handelt sich hier um die Kreise Schneidemühl, Deutschflorke, Schlawe, Rehkekreis, Meseritz und Siaton.

Diese beiden Gegenden bilden eine Landchaft in sich, ein starkes, politisch ungebauer wichtiges und entscheidendes Kräftefeld, das, wie eine Elipse von zwei Centren: Stap und Schneidemühl aus beherrscht, weder von Berlin noch von Stettin her klar zu übersehen ist, das aber doch in sich das geistige und politische Schicksal und die Entscheidung vielleicht ganz Ostens trägt.“

## Setzungen im Osten.

Gauleiter und Oberpräsident Wilhelm Ruge sprach in Königsberg vor dem Anlaß der Übertragung des Ehrenbürgerbriefes über die Zukunft der Ostprovinz; er sagte u. a. aus:

„Wir haben es besonders begrüßt, daß Pö. Darre zum Ernährungsmittel ernannt worden ist. Darre und Willkens werden bewußte Bauernpolitik treiben. Unbedingte Bauernpolitik aber ist notwendig, denn Bauernpolitik treiben heißt heute, Setzungen an unserer Ostgrenze bauen. Keine Setzungen aus Berlin und Stettin, die uns der Versailler Vertrag verbietet, sondern Setzungen in Form von direkt politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen. Die Großstädte fassen Menschen, Deutschland hat heute weniger Geburten als Frankreich. Der nationalsozialistische Staat aber braucht jeweils: Brot und Rinder! Dies genau Bauernleistungen. Ohne Rücksicht auf Standesvorurteile und Einzelindividualität muß eine gesunde Setzungspolitik getrieben werden. Darre begrüßt ich Darre und Willkens, die bisherige Bauernpolitik überdenken und weitere Verbesserungen an der lokalen Setzungspolitik nicht zulassen werden. Gemeinsam geht vor Eigennutz. Ich appelliere an die alten preussischen Junker, die mit Friedrich dem Großen die Schlachten schlugen. Damals standen die Junker zur Rettung der Nation zur Verfügung. Heute müssen sie es wieder tun. Noblesse oblige! Jetzt ist es an der Zeit, daß der deutsche Osten in einer großzügigen Setzungspolitik seine über die letzten 10 Jahre fehlende Aufgabe im Staate Adolf Hitlers verstanden hat.“

# Mitteilungen des Bundes Deutscher Osten.

## Der Bundesführer.

Die Verhandlungen mit den übrigen Ostverbänden sind so erfolgreich verlaufen, daß nunmehr die meisten Verbände in Frage kommen können. Ihre Vertreter werden im Bund Deutscher Osten erklären können. In der nächsten Folge des „Ostland“ wird Weiteres darüber mitgeteilt werden.

Im Hauptorganisationsleiter für den Bund Deutscher Osten habe ich Herrn Paul Fikhe, bisher Hamburg-Mittona, berufen.

Im Sonderreferenten beim Bundesführer für Volks- und Landchaftskunde des Ostens berief ich unseren Mitarbeiter, Herrn Schriftsteller Wilhelm Müller-Rüdersdorf in Berlin-Charlottenburg, Dr. Rüdike.

## Verammlungskalender.

**Ortsgruppe Berlin-Reichenberg:** Die Monatsversammlung im Juli fällt der Sommerferien wegen aus.

**Ortsgruppe Ruffel:** Anlaßlich des Besuchs des Elstirer Reichsbahn-Männer-Gesangsvereins in Ruffel: Offizieller Empfangsabend am 14. Juli, 20 Uhr, im Vereinshaus. Führung durch Ruffel am 15. Juli, 9 Uhr, ab Vereinshaus. Große öffentliche Sängerkundgebung am 15. Juli, 20 Uhr, im Stadtpark. Teilnahme aller Mitglieder ist Ehrenpflicht! Eintritt einschließlich Wertesfolge 25 Pf.

Am Mittwoch, dem 19. Juli, abends 8 Uhr, spricht im Auditorium Maximum der Universitäts-Direktor Oberstleutnant a. D. Dr. von Riedermaier über „Die ethnographische, geographische und ethnopolitische Lage im Osten Deutschlands“ (Vollbilder.) Eintritt 20 Pf.

## Sammlung für Haus „Rurmark“.

Titel	Übersicht	225.-	221.
Gem. Sied.-Gesellschaft „Deutscher Ostbund“	Berlin	30,-	„
Gebirgs- u. Schönb., Berlin-Lichtenberg	„	28,-	„
Arbeitskreis für Grenz- u. Ausl.-Deutsche	Berlin	20,-	„
Oberbürgermeister Frauke, Dresden	„	20,-	„
Gem. Wohn.-Gef. „Deutscher Ostbund“ G. m. b. H.	„	20,-	„
Ortsgruppe Dresden	„	20,-	„
Frau von Zimburg, Berlin-Steglitz	„	15,-	„
Gesellschaftsleiter C. Heimlich, Berlin-Spänke	„	10,-	„
Schöner, Berlin	„	10,-	„
Wibbe, Berlin	„	10,-	„
Gesellschaftsleiter v. d. Hude, Berlin	„	10,-	„
Ortsgruppe Rosenburg (OR)	„	10,-	„
Kofe, Berlin	„	5,-	„
Biquake, Berlin	„	5,-	„
Frau Räte Jagow, Berlin	„	5,-	„
Ortsgruppe Hildom	„	5,-	„
Frau Bertram, Berlin	„	5,-	„
Gericke, Potsdam	„	3,-	„
Frau Schulz, Berlin	„	3,-	„
H. Kaufmann, Berlin	„	2,-	„
H. Meeren, Berlin	„	2,-	„
H. Braun, Berlin	„	2,-	„
H. Seidel, Berlin	„	2,-	„
Koch, Berlin	„	1,-	„
Koch, Berlin-Bühge	„	1,-	„
H. Osborn, Berlin	„	0,50	„
H. Dahl, Berlin	„	0,50	„

Stand vom 5. Juli 1933: 460,- 221.

# Der Bund Deutscher Osten an der Arbeit.

Der Bundesführer spricht vor über 1000 Studenten.

Im Rahmen der Akademischen Woche der Schmiedlichen Hochschule Berlin-Scharlottenburg sprach am 30. Juni vor mehr als 1000 Studenten der Bund Deutscher Osten, vertreten durch den Redner Alfred Schönbauer, den Hauptausführungsleiter im Außenpolitischen Amt der NSDAP, Dr. E. Tüchke. Mit breiterdeutiger Begeisterung schätzte er als die beiden Grund- und Kernfragen des deutschen Lebens, die eng verbunden und gemeinsam zu lösen seien, die Durchführung des deutschen Sozialismus und die Ausgestaltung des deutschen Ostanspruches. Vor 1000 Jahren, wie das deutsche Volk das Aussehen hat, so hat es auch im heutigen Deutschland erhabene, der mit ganzem Instinkt erkennt habe, daß von der Wiedergewinnung des Ostanspruches die Zukunft des deutschen Volkes abhängt, der diese Erkenntnis auch in die Tat umzusetzen verstanden habe. Was von ihm und seinen Nachfolgern geschaffen, von den deutschen Ordensritzen und dem Allen Krieg wieder aufgenommen wurde, sei nichts anderes gewesen, als eine Verwirklichung des deutschen Ostanspruches. Der deutsche Nationalsozialismus bedeute nichts anderes als ein deutsches Volkstum zu leben und dafür zu leben und zu sterben, und deutscher Sozialismus sei nichts anderes als ein Gemeinheitsleben, bei dem nicht das Ich geht, sondern das Wir, ein Gemeinwohl der Eigenart gebe. Der alte Krieg, der sich den ersten Vianer seines Staates annahm, sei deshalb nichts anderes als ein Nationalsozialist gewesen. Sobald das deutsche Volk von dem deutschen Nationalsozialismus abgewandt habe, sei es immer wieder vollumgehend im Inneren und an der Grenze. Kämpfergeist habe er zweimal den Polen den Korridor ausgeliefert. Wie früher, sei dem deutschen Volk auch jetzt wieder in seiner großen Not der Führer erschienen: Adolf Hitler, der besonders in seinem Buch „Mein Kampf“ den Weltfrieden, die Hopfen den ewigen Germanentum nach dem Süden und Westen. Wie niemand das Recht des deutschen Volkes wieder nach Osten. „Wie freudig folgte das deutsche Volk diesem Führer, und wenn Hitler wieder schrieb, daß zur Zeit die beste Außenpolitik eine gute Innenpolitik sei, dann heisse dies, daß wir wieder sein müßten eine volkswirtschaftliche, soziale, starke und einigemeinschaftliche, erfüllt von einer Idee, die es uns verleihe. Die Studentenenschaft habe bei dem Ausbruch des Dritten Reiches den besten Schritt der deutschen Geschichte gemacht, die große Aufgabe, sich in den Vordergrund der Kämpfer für Deutschlands Zukunft zu stellen.

## Grenzlandkundgebung des BDO, und des ADAC in Cham.

In Bayern haben sich die Verkehrsverbände dem Bunde Deutscher Osten als der Organisation bereitwillig zur Verfügung gestellt, die ausschließlich zur Erfüllung der Aufgaben herausgearbeitet. Zusammenarbeit am Anfang Juli gesamtlich einer Grenzlandkundgebung in Cham an der bayrisch-schlesischen Grenze zum Ausdruck. Der Gau Nordbayern des ADAC (Allg. Deutscher Automobilklub) hatte seine zweite offizielle Gaumunternahme dieses Jahres am 1. und 2. Juli nach der Grenzstadt Cham angelegt und damit gleichzeitig eine große Grenzmarkkundgebung verbunden, die einen würdigen und außerordentlich eindrucksvollen Verlauf nahm. Das war in erster Linie dem Bundesführer der Landesgruppe Bayern-Pfalz des Bundes Deutscher Osten, Dr. Hans Baumhagen zu danken, der der Einladung der Gausleitung nachgegangen war und bei der eigentlichen Ostmarkkundgebung auf dem Hindenburgplatz in Cham eine außerordentlich wirkungsvolle, programmatische Rede hielt, die den gesamten Ostmarkanspruch des ADAC, dem Sinn und Inhalt gab. Am Samstag, den 2. Juli, wurde im Hotel Cham ein großer Empfang im Rahmen der Kundgebung abgehalten, der sehr gut besucht war und den die rührige Cham Ortsgruppe des ADAC, vortrefflich ausgeführt hatte. Als Vertreter der Regierung war Oberregierungsrat Scholz, als Vertreter der Stadt Zweiter Bürgermeister Schlemmer erschienen, außerdem war auch der Vorsitzende des Chamer Saunamates für Ostfriesland, Dr. Weiz, anwesend. Auf der großen Ostmark-Kundgebung am folgenden Sonntag sprach zunächst Dr. Weiz, der anschließend einen außerordentlich praktischen Grenzlandarbeit. Grenzland ist Notland. Diese Not habe auch Cham im ausgiebigen Maße zu spüren bekommen. Das bemerke der Redner an Hand eines außerordentlich interessanten geschichtlichen Rückblicks. Die Grenzlandnot habe sich insbesondere jetzt durch die Folgen des Versailles Vertrages ausgemerkt, mo jenseits der Grenze ein erbitterter Gegner gegen den Deutschland hersteht. Nicht nur wirtschaftlich, auch menschlich bedroht die Not das Grenzland in Not; denn die wirtschaftliche Entlastungsmöglichkeit ist ihm genommen. Das Grenzland wolle keine Almosen, sondern Arbeit und Brot. Nicht fremde, sondern deutsche Erzeugnisse zu kaufen, Erzeugnisse der Spitzenfabrikation, der Holzbegehung, der Glasindustrie usw., wie sie das bayrische Grenzland liefert, das sei praktische Grenzlandarbeit. Hierauf ergriß der Bundesführer der Landesgruppe Bayern-Pfalz des Bundes Deutscher Osten, Dr. Hans Baumhagen, das Wort und äußerte sich außerordentlich ausdrucksvoll über die Not, in der er die Ziele und Pläne des Bundes Deutscher Osten kurz und prägnant umriß. Der Redner brachte das von Staatsminister Esser eingeholene Telegramm nochmals zur Verlesung und betonte dabei, daß Staatsminister Esser heute der

eifrigste Förderer der bayrischen Ostmarkmünche ist. Im weiteren führte Bundesgruppenführer Beer etwa folgendes aus: „Der Bund Deutscher Osten wurde vom Führer geschaffen, um Klarheit in die Ostverhältnisse zu bringen, alle Notwendigkeiten für den Osten zu sammeln und zu prüfen. Es ist sehr erfreulich, daß die bayrischen Verbände in allererster Linie aktiv mitarbeiten. Reichsminister Dr. Frick hat die Hilfe für die bayrische Ostmark jetzt sehr in die Hand genommen. Das wichtigste Instrument in der Osthilfe ist die Fremden- und Arbeiterbeschäftigung. Deshalb ist die Gaumunternahme das ADAC, nach dem Osten besonders zu begrüßen. Hier sind die Automobil- und Verkehrsvereine aller Art sehr wichtige Mitarbeiter. Die deutschen Volksgenossen müssen heute in die Gebiete geführt werden, die am gefährdeten sind, insbesondere von Pössaß bis Hof. Nicht nur am Königsberg des Ostens, sondern von Königsberg bis Döllau wird der bedrängte deutsche Osten. Die Zukunft des deutschen Volkes liegt nicht im Westen, sie liegt im Osten. Die Reichsregierung lehnt ein Ertrinken für die Ostmark ab. Wir fordern zur Selbsthilfe auf, vor allem die Ostmärker selbst. Unser Hauptziel muß sein, die Verkehrs- und Straßenverhältnisse in der Ostmark zu verbessern. Wir brauchen dazu die Mitarbeiter aller Verbände. Die Grenzverbände müssen mitwirken, daß die Grenzen hier auch das finden, was sie suchen, sonst nicht zu nichts, das Streben hierher bringen, das habe einen Auftrag eingeholt, der demnach entschieden wird, daß allen Unterkunftsmitrinen im Grenzgebiet zur Unterstützung ihrer Bauten 40 n. B. der Aufwendungen vergütet werden. Demnach wird auch eine Preisjubiläumskunft in Berlin stattfinden, verbunden mit einer kleinen Ausstellung der bayrischen Ostmark, wobei die ganze deutsche Öffentlichkeit auf die Not der bayrischen Ostmark aufmerksam gemacht wird. Auch der Rundfunk hat sich bereit erklärt, bei der Werbung mitzuwirken und wochentlich entsprechende Sendungen zu bringen. Es nicht um heute nur eine Zusammenarbeit aller aktiven Kräfte, um für die Gesamtheit das Heil zu bringen. Heil Hitler!“ Mit dem Hort-Welt-Viel fanden die eindrucksvollen Ausführungen des Redners ihren Ausklang. Gauparteileiter Richter erinnerte sodann daran, daß der ADAC, es immer als Vermittlungsinstanz seine Aufgabe, dahin zu wirken, wo mehr an den Schönheiten des Landes auch notwendige Gebiete unterstützt werden können. Dies war auch der Zweck der Ostmarkenfahrt nach Cham.

## Arbeitsagung der Landesgruppe Ostmark des BDO.

Da, wo besonders starke Arbeit erwartet wird, wie in den Grenzgebieten, werden innerhalb der Landesgruppen des BDO, Bezirksgruppen eingesetzt. So gibt es innerhalb der Landesgruppe Ostmark (den Regierungsbezirk Frankfurt a. O., und die Provinz Grenzmark Polen-Wehrpreußen) innerhalb des Bezirksgruppen Reichlich Grenzmark unter Bezirksführer Regierungsrat Röh, Schneidmühl, dem bisherigen Schneidmühl Führer der Ost- und Wehrpreußen, weiter eine Bezirksgruppe Landesober unter Direktor Cettner, bisher Vorsitzender des Deutschen Ostbundes, ferner eine Gruppe Küstrin unter Schriftleiter Dr. Hünz. Den Aufbau der Landesgruppen legte Landesführer Kriebel in einer in allerhöchster gebührender Zusammenkunft von hundert Bekämpfern für den Ostmark in die in Berlin unter dem Bundesführer bestehenden Ämter, in denen die eigentliche Arbeit der Zentrale beruhe, wiederholen sich fittungsmäßig, in den Händen tüchtigster Führer, in den Landesgruppen, und, soweit örtlich möglich und nötig, auch in den Ortsgruppen. Auch in Frankfurt seien die Ämter gut besetzt, der Herausgeber der „Reinigen Ostmark“, Dr. Willy Schmidt und Stadtbürgermeister Hauptmann Schlichter, hätten in ihnen. Die Arbeit führte der Landesführer aus: Die früheren Regierungen hätten nicht die Einigung im Ostgebirgen gemollt, sie würden wohl das Rebenanener verjährbarer Ostverbände mit reiner Heimarbeit, sie hätten oder dem Deutschen Ostbunde, der sich für den gesamten Osten einsetzte und immer die Einigung anstrebte, die ungewehrlichen Schwirigkeiten gemacht. Jetzt sei der Weg zur Ostarbeit frei, jetzt müsse aber auch jeder kommen und mitarbeiten, es gibt gar keine Erstlingsarbeiten unter dem Bund mit seinen Ortsgruppen mehr, jetzt heißt es sogenannte „Vereinsarbeit“ oder „Vereinsarbeit“ bei der Ostgebirgen verlange innere Einstellung, Fingabe, Opfer. Die Weisensart des deutschen Ostmärkers müßte viel stärker in Erscheinung treten, so stark etwa wie die des Chiringerer oder Schwaben. Insonderheit müßte die Bundesarbeit hier im Osten selbst, auf der unökumpleten Erde, noch anders aus als im Reiche. Um ganzem

## Wogende Saat.

Schmilt über Äckern, Wunden aus Eisen  
Gleichen in Gut, Wogten ins Licht;  
Wertes Gemalte, Böder um böter  
Goldbeiler die dich. Klanten sie dich.

Mitte des Segens  
Wohlen pflanz,  
Spülen das köstlichste  
Gold aus demsauf.

Müller-Rübendorf.



**6 v. H. Reichsschuldbuchforderungen.**

Für in unseren letzten Bericht zum Ausdruck gebrachte Erörterung, daß nach die am 1. Juni zur Abschluß gelangenden Zinsen eine Verteilung auf den Rentenmittler bevorzugen würde, hat sich dieser nicht erfüllt. Der Vorbehalt, in welcher Weise die Zinsentlastung erfolgen soll, läßt sich in derartigen Fällen nicht durchsetzen, sondern durch den Wechsel im Reichsbanknotenmarkt.

Auf die Reichsbanknotenforderungen verband mein Rat, daß die Zinsen ein geringes Nebenverhältnis zu den Zinsausgaben zur Folge hätte. Bei vorübergehenden Schwankungen erreichte bei zurückgehender Lage ein Anstieg von 4 bis 5 v. H. für den letzten Zinseszins jedoch eine Verteilung auf den Rentenmittler eintrat. Der Anstieg hat sich am 5. v. H. veranschaulicht. Die Zinsen für den letzten Zinseszins betragen demnach die Zinsen im allgemeinen Sinne.

Ein Nebenverhältnis konnte durch ein Interesse der Reichsbanknotenforderungen festgestellt werden. Die Zinsen für den letzten Zinseszins betragen ein etwa 2 v. H. am 5. Juni 1933 wurden folgende Nebenverhältnisse festgestellt:

1934	89 v. H.	1930 v. H.	80 v. H.	78 v. H.
1935	97	96	1941	77
1936	93	91	1942	75
1937	85 1/2	84 1/2	1943	75 1/2
1938	82 1/2	81	1944	74
1939	84 1/2	83		

Reichsbanknotenforderungen. 1944—1945 41 v. H., 1946—1948 41 v. H.

**Familiennachrichten.**

Besteher: **Wendert**: Julius Wendert in Berlin-Spandau, Mühlendamm 10, früher Ökonomie auf der Fasanen Allee, Kreis Potsdam, am 8. 7. 29 v. H. Frau Clara Wendert geb. Wendt geb. Wendert, früher in Bremen, Frau Woldemar Wendert, früher in Berlin, Frau Anna Wendert geb. Frau, früher

Wendert, Eulienstr. 21, jetzt Berlin, Charlottenstr. 67, am 5. 7. 29 v. H.

Wendert: Der schicksale Bedienter 1. St. Christian Wendert in Berlin-Spandau, Mühlendamm 10, früher Wenden, am 25. 6. 25 v. H.

**Die Festschrift**

die zur Feier des 25-jährigen Bestehens der **Gelehrten- und Lehrerzeitung** in G. Wagner und der **Wissenschaftlichen Zeitschrift** von den **Herausgebern Dr. K. H. v. B. und Dr. K. H. v. B.** in Berlin herausgegeben worden ist, und die in **Nummer 19 (1932) (S. 224)** von **Herrn G. H. v. B.** empfohlen wird, ist im **größten Interesse** **literat.chem. v. B.**

Bestellungen auf diese Festschrift können unter gleichzeitiger Einzahlung des für unsere Leser ermäßigten Betrages von **80 Pf.** und **20 Pf.** für **Postgebühren** und **Verpackung**, zusammen also **1 1/2 RM.**, auf das **Postcheckkonto Berlin 104 726** an uns ausgegeben werden.

**Bund Deutscher Osten**  
Berlin W 30, Mohlfstraße 22.

**Olmärker Provinsionsfell**

**Glänzende Existenzen!**

- Anzahlung!**
- Gesellschaftsgrundstück m. Kolonialwarenhandlung u. Spirituosenhandlung in Kl. Markt, Vorpomm. 8 000
  - Willingenb. i. Stadt d. Stralsund Obermann 20 000
  - Penionisailla i. d. Südh. Schmeij n. Vereinb.
  - Jobstgrundstück m. Wohnhaus i. bedeut. Industrieort Dresden in d. St. 10 000 n. Vereinb.
  - Villa im vornehm. Viertel v. Dresden 35 000
  - Alteingelass. Papierwarenfabrik in d. St. 55 000
  - Willingenb. i. Markt, Kl. Markt 15 000
  - Villa (Hofartig) am Jürlische Str. 125 000
  - Pandhausgeb. m. gr. Obst- u. Gemüsegarten, br. Wohnung, n. Vereinb.
  - Wohn- u. Geschäftshaus, nahe Ulm (Donau) 17 000
  - Jobstgrundstück m. Wohnhaus i. Chemnitz 15 000
  - Gelbes-Hotelgrundstück in Ausp. i. mittl. Stadt, Süd. 15 000
  - Pandhausgeb. in d. St. 10 000
  - Größe. Glänzende Kapitalanlage n. Vereinb.
  - Willingenb. m. Gemüsgarten u. Wiesen, eig. See, nahe Ost. 100 000
  - Jubil. geleg. Pandhausgrundstück i. ruh. Stadt d. Ost. 11 000
  - Ausgangspunkt (Schützenhaus) in mittl. Stadt b. Angermünde 20 000
  - Gesellschaftsgeb. (Blas, Porzell., Schmelzwaren, Haus- u. Küchengeräte) in klein. Stadt Schleißens n. Vereinb.
  - Jobstgrundstück, für Autoreparaturwerkst. m. Tankst. geleg., in Oppeln 30 000
  - Penionisailla mit gewerblichen Nebenräumen i. Betrieb jed. Art auf Wügen n. Vereinb.
  - Hecherhoffsh. Villa i. Siedl. am Lago maggiore . . . n. Vereinb.
  - Willingenb. vor Berlin, als Erholungsheim, Sanatorium od. bergl. herzoer, geleg. . . 20 000
  - Sofort zu verpachten! Altes u. ein. Weinb. m. Kolonialwaren u. Delikatessen, in Kolberg monat. Pachtpreis: 250
  - Jobstgrundstück i. Kreisstadt Pomm. 30 000
  - Bäckereigr. i. kl. Ortsh. im Ulmtrakt 12 000
  - Leibhaber gef. i. Dampfmaschinenfabrik i. d. Altmark . . . 30 000
  - Pastoraleig. u. vielfält. Kunstwerken in Jörden . . . n. Vereinb.
  - Villa a. d. ital. Riviera, nahe Genoa . . . n. Vereinb.
  - Hotelgr. i. d. deutsch. Schweiz (Kt. Appenzel) . . . sfr. 70 000
  - Wohnhaus (Spez. Hausaltersartikel) m. Wohngr. i. Wismar (Hof) im Bremer Oberland . . . sfr. 82 500
  - Hotel im Bremer Oberland (Schankkonzession) . . . sfr. 40 000
  - Leibhabergr. i. leb. Stadt d. Mark (Preis: 22 500 RM. einj. Umsatz) . . . 15 000
- Bild-Prospekte kostenlos!  
**KOCH & Co., Berlin W 35**  
Dörnbergstraße 1. Tel.: B2 Lützow 5933.

**Ostmärkische Spar- u. Darlehnskasse e. G. m. b. H.**  
Magdeburg.

**Bilanz für den 31. Dezember 1932**

Klasse	RM.	Passiva	RM.
Kassenbestand	45,52	Gesellschaftsgebühren	14 300,00
Beteiligungen bei Landesgemerbehandl. in Braunschweig	100,00	Sparleistungen	68 914,45
Debittoren:		Bankschulden (Landh. u. Bant)	9 698,00
Hfd. Rechnung	88 927,52	Guthaben d. Mitglieder in Hfd. Rechnung	3 625,98
Darlehen	11 200,00	Verleihen-Rücklage	31 957,96
Reste auf Anteile	4 940,50	Reinerlöbs	1 834,50
Inventar	20,00		
Guthaben bei der Bank Böhm. Klempn. u. Pommendorf	347,50		
Berlust	25 355,96		
	130 429,99		130 429,99

Die Zahl der Mitglieder betrug am 31. Dezember 1931 . . . . . 116  
Reineingetretene im Jahre 1932 . . . . . 4

Ausgeschiedene im Jahre 1932 . . . . . 15  
Mitgliederbestand am 31. Dezember 1932 . . . . . 105  
mit 127 Anteilen und 25 400 RM. Hoffsumme.

Erhöhung des Gesellschaftskapitals im Berichtsjahr 1715,10 RM.  
Der Vorstand. Der Aufsichtsrat.

**Aufbaukredit**

für Grenz- u. Auslandsdeutsche G. m. b. H.  
Berlin W. 30, Mohlfstraße 22. Tel. B 5 Barbarossa 9061.

**Verwertung von 6% Reichsschuldbuchforderungen durch Verkauf und Beleihung** (im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Mittel)  
**Beratung in Vermögensanlagen und allen Kreditgelegenheiten**  
**Abwicklung all. bankmäßigen Geschäfte**

**Zu verkaufen!**

**Siedlungsgrundstück**

1930 erbaut, 6 Morg. Land, davon 1 1/2 Morg. gute Weide. Noch 2 Freijahre, Alters wegen zu verkaufen. Nähe einer Universitätsstadt.

Angebote unter 2906 an das Ostland erbet.

**Wohnung**

3-4 Zimmer, Küche u. Zubehör, im gr. Industriet. Eisenbahnnotenspunkt, am Wald und Wasser gelegen, von sofort zu vermieten evtl. das ganze Grundstück zu verpachten, sehr günstig für Ärzte.

Habakuk, Teupf, Rt. Sorau, H.-P.

Seine Ferien nur in der deutschen Ostmark.